

12.01.2015 bis 15.01.2015, regional, ddnf Pressespiegel

WILL PEGIDA JETZT AUCH ZUR OB-WAHL ANTRETEN?

mopo, 12.01.2015

Will PEGIDA einen Kandidaten für die nächste Oberbürgermeisterwahl im Juni stellen? Ein Informant will laut Sächsischer Zeitung recht eindeutige Hinweise gehört haben.

Ein junger Mann berichtet gegenüber der SZ von einem Gespräch in einem Fitnesscenter: "Ich habe ein lautstark geführtes Telefonat eines PEGIDA-Organisators mitbekommen, in dem es um eine möglichst integre Persönlichkeit als Kandidaten für die Oberbürgermeisterwahl im Juni ging!"

Doch kann PEGIDA überhaupt zur OB-Wahl antreten?

Ja. Und dafür müsste der Kandidat nicht einmal einer Partei angehören.

Am 26. Februar wird die OB-Wahl im Dresdner Amtsblatt angekündigt. Daraufhin können vom 27. Februar bis 11. Mai Wahlvorschläge eingereicht werden. Dann könnte auch PEGIDA einen Kandidaten nominieren.

Um für die Wahl zugelassen zu werden, muss der Kandidat 240 Unterstützerunterschriften sammeln.

Hinzu kommen einige kleinere Voraussetzungen wie die deutsche Staatsbürgerschaft, ein Hauptwohnsitz in Dresden und Volljährigkeit, die der PEGIDA-Kandidat erfüllen müsste. Daran würde es vermutlich nicht scheitern.

Wie stehen die Chancen für PEGIDA?

Gar nicht schlecht. Bei Facebook hat PEGIDA über 130.000 Fans. Darunter werden viele Dresdner sein - vor allem wohl auch viele Nichtwähler, die durch PEGIDA erstmals seit Jahren wieder zur Wahl gehen würden.

Bei der letzten OB-Wahl in Dresden kam Helma Orosz (62, CDU) auf 74,61 Prozent. Das waren 83.263 Menschen, die sie gewählt haben.

Ist eine auch PEGIDA-Partei denkbar?

Ja. Die Richtlinien zur Gründung einer Partei sind sogar im Grundgesetz verankert. Jeder kann eine Partei gründen – unter bestimmten Voraussetzungen.

Die Errichtung einer Partei bedarf eines Gründungsvertrages mit dem Willen der Beteiligten, eine Partei zu gründen. Auf der Gründungsveranstaltung wird die Partei beschlossen, die Satzung festgelegt und ein Parteivorstand gewählt.

Die Gründung und das Gründungsprotokoll muss dem Bundeswahlleiter vorgelegt werden. Fertig.

Bisher hat sich keiner der PEGIDA-Verantwortlichen öffentlich zu einer möglichen OB-Kandidatur geäußert. Am Abend spricht PEGIDA wieder zu Tausenden Anhängern in Dresden.

Der seltsame Trauermarsch von Pegida in Dresden – mehrere Tausend Gegendemonstranten

dnn, 12.01.2015, dnn

Ausnahmезustand am Montagabend in der Dresdner Innenstadt. Zahlreiche Pegida -Anhänger aus mehreren Bundesländern kamen laut Polizei zusammen und liefen ihre Route von der Lingnerallee aus über den Külz-Ring zum Postplatz und wieder zurück zur Lingnerallee. Der angekündigte und großflächig kritisierte „Trauermarsch“ geriet dabei aber zur Farce: Johlend, klatschend und pöbelnd „trauerten“ zahlreiche der Pegida-Teilnehmer auf den Straßen der Stadt. Zur Menge der Teilnehmer gibt es jedoch unterschiedliche Angaben: Während die Polizei von „mehr als 25.000 Personen“ sprach, kamen die Zählungen von Wissenschaftlern vor Ort nur auf knapp 19.000 Menschen .

Während der Auftaktkundgebung, in der einmal mehr Medien und Politik kritisiert wurden, präsentierte Pegida zudem ein neues „Programm“. Statt den bisherigen 19 Forderungen gibt es nunmehr nur noch sechs, mit denen Pegida antreten will. Kritik erntete auch Schlagersänger Roland Kaiser, der am Samstag auf dem Neumarkt eine vielbeachtete Rede gehalten hatte. Es gebe unter seinen Fans schließlich auch Pegida-Anhänger, argumentierten die Organisatoren. Da müsse Kaiser neutral bleiben.

Für den anschließenden „Trauermarsch“ hatte Pegida um absolute Ruhe gebeten. Mit der war es aber bereits nach wenigen Minuten vorbei. Als rund 80 Gegendemonstranten mit einer Sitzblockade den Zug kurz stoppten, wurde ein Teil der Menge laut. Häme, Johlender Applaus und teils üble Beleidigungen konnten sich einige der Pegida-Befürworter fortan nicht verkneifen. Über die ganze Strecke hin wurde gelacht, wurden Gegendemonstranten provoziert, schallte es „Lügenpresse“ und „Wir sind das Volk“ – von Trauer keine Spur.

Über weite Strecken blieb es dabei friedlich. Die Polizei, die mit über 1600 Beamten aus mehreren Bundesländern im Einsatz war, meldete am Abend allerdings Verstöße gegen das Versammlungsgesetz, zudem wird wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen und Beleidigungen ermittelt. Drei Beamte seien leicht verletzt worden.

Wie in den vergangenen Wochen blieb der Pegida-Aufmarsch nicht ohne Widerspruch seitens der Dresdner. Die Polizei sprach von knapp 9000 Gegendemonstranten. Von denen protestierte ein Teil am Rand der Pegida-Route, mehr als 7500 beteiligten sich ab 20 Uhr am zweiten Dresdner Neujahrspatz. Mehrere Redner riefen dort die Dresdner zu Toleranz und einer weltoffenen Gesellschaft auf. Man müsse Gesicht gegen Fremdenhass zeigen und das immer wieder - so die Botschaft.

Organisiert von „Dresden für alle“ und den Dresdner Kulturschaffenden zogen die Teilnehmer anschließend mit Besen bewaffnet vom Postplatz bis zur Lingnerallee, um die Stadt symbolisch von Pegida zu reinigen. Trotz vereinzelter Störversuche seitens Pegida-Anhängern blieb die Gegen-Demo friedlich und ausgelassen.

Pegida-Phänomen Dresden: 25.000 Teilnehmer

mdr, 13.01.2015

Während in Leipzig die Legida-Gegner mit mehr als 30.000 Teilnehmern deutlich in der Mehrzahl sind, legt Pegida in Dresden auf 25.000 Anhänger zu. Zwar wurde an diesem zwölften Protesttag das Wort "Lügenpresse" weitgehend vermieden, doch eine Versöhnung mit den Medien ist

weiterhin ausgeschlossen. Pegida reduzierte sein 19-Punkte-Papier auf sechs Kernforderungen. Vor dem "Abendspaziergang" gab es für die Islamkritiker Schelte von französischen Karikaturisten. Sie werfen Pegida vor, die Attentate in Frankreich für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Zu den Gegendemonstrationen kamen dieses Mal insgesamt rund 8.700 Menschen, 1.665 Polizisten waren im Einsatz.

Mit einer Schweigeminute hat das Dresdner Pegida-Bündnis seinen zwölften Protesttag eröffnet. Anschließend ergriff Pegida-Gründer Lutz Bachmann das Wort. Erwartungsgemäß nahm er Bezug auf die Attentate in Paris. Vor den rund 25.000 Demonstranten sagte er am Abend, die islamistischen Anschläge seien wie auch das Massaker des Attentäters Anders Breivik 2011 in Norwegen "ein weiterer Beweis für die Daseinsberechtigung von Pegida". Die Pegida-Anhänger waren aufgefordert, mit Trauerflor für die Opfer zu erscheinen. Einige Teilnehmer hielten "Je suis Charlie"-Plakate in die Luft.

Pegida reduziert 19-Punkte-Programm auf sechs Kernforderungen

Im Anschluss trug Bachmann sechs Kernforderungen an die Politik vor, die das bisher veröffentlichte 19-Punkte-Papier ablösen:

Unkontrollierte quantitative Zuwanderung soll nach dem Vorbild von Kanada oder der Schweiz gesetzlich geregelt werden

Zuwanderer sollen sowohl das Recht als auch die Pflicht zur Integration erhalten

Islamisten und religiöse Fanatiker sollen ausgewiesen werden und nicht wieder einreisen dürfen
Bürger sollen in direkter Demokratie auf der Basis von Volksabstimmungen über Bundespolitik entscheiden können

Die Kriegstreiberei gegen Russland soll zugunsten eines friedlichen Miteinanders der Europäer ebenso beendet wie im Gegenzug die Autorität der europäischen Länderparlamente bekräftigt werden

Die innere Sicherheit soll gestärkt werden, u.a. durch einen sofortigen Stopp des Stellenabbaus der Polizei und die Ausstattung selbiger mit den erforderlichen, zeitgemäßen Mitteln

Entgegen dem bisher geltendem 19-Punkte-Positionspapier legt Pegida damit nicht mehr so viel Wert auf Forderungen wie das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung, den Erhalt und Schutz der christlich-jüdisch geprägten Abendlandkultur sowie den Verzicht auf Waffenlieferungen an verbotene Organisationen wie der PKK.

In Richtung Presse rief Bachmann: "Macht was ihr wollt, schreibt was ihr wollt, es gibt immer mehr andere Möglichkeiten sich zu informieren." Allerdings hielt er seine Anhänger zurück, das Wort "Lügenpresse" zu skandieren.

Und auch Pegida-Mitbegründerin Kathrin Oertel rief die Anhänger auf, mit Rücksicht auf die Toten des Pariser Satireblattes "Charlie Hebdo" keine Parolen während des "Abendspaziergangs" zu rufen und sich nicht provozieren zu lassen. Allerdings ließ sie keinen Zweifel daran, den Medien auch weiterhin nicht zu vertrauen. "Wir sind Diffamierungen und Falschmeldungen ausgesetzt wie einst zu tiefsten DDR-Zeiten. Journalisten und Politiker stellen sich gegen einen nicht unerheblichen Teil unserer Gesellschaft."

Pegida-Vereinsmitglied Frank Ingo Friedemann formulierte die Abneigung zur Presse und den Medien schließlich noch deutlicher. Das seien "Schwachköpfe", "staatstreue Nichtsnutze" sowie "komische Berichterstatter, die Unwahrheiten verbreiten". Friedemann und Oertel machten deutlich, dass sie Pegida für den Anfang einer großen Bewegung halten. Oertel rief die Anhänger auf, weiter nach Dresden zu kommen, "bis wir, das Volk, wieder würdig im Bundestag vertreten sind".

Friedemann stellte die ersten Forderungen für ein Europapapier vor. Darin will Pegida unter anderem eine "eigenverantwortliche Einwanderungs- und Asylpolitik der Länder" festschreiben.

In einer "persönlichen" Ansprache wandte sich Pegida-Schatzmeisterin Oertel schließlich an Schlagersänger Roland Kaiser, der am vergangenen Sonnabend an einer Kundgebung gegen Pegida in Dresden teilgenommen hatte. Wörtlich sagte sie: "Lieber Herr Roland Kaiser. Seit Jahren verfolge ich ihre Musik. Ich war ein sehr großer Fan von ihnen. Sie haben in Dresden einen guten Stand und Ruf, auch wegen uns Dresdnern. Wir gehen zu ihren Konzerten und zahlen dafür. Da können wir Neutralität erwarten," Oertel warf Kaiser vor, sich an die "Politikerkasten" zu verkaufen. "Zu keinem Zeitpunkt haben Sie uns gefragt, was wir wollen, wer wir sind und warum wir auf die Straße gehen."

An den Gegenaktionen beteiligten sich in der sächsischen Landeshauptstadt der Polizei zufolge insgesamt rund 8.700 Menschen. 7.500 von ihnen schlossen sich dem Bündnis "Dresden für alle" an, das wie in der Vorwoche symbolisch den Versammlungsplatz von Pegida säuberte. Das waren deutlich mehr erwartet. Das Bündnis hatte für seine Aktion 2.000 Teilnehmer angemeldet.

Das Bündnis "Dresden Nazifrei" hat dieses Mal auf die Anmeldung einer Demonstration verzichtet und stattdessen zu einer Spontandemo aufgerufen. Die 600 Anhänger bewegten sich zunächst zwischen Theaterplatz und Synagoge durch die Stadt. Später löste sich die Gruppe nach Beobachtung eines MDR-Reporters auf.

Kurz nachdem sich die Pegida-Anhänger in Bewegung setzten, blockierten rund 120 Jugendliche die Straße. Sie brachten den Zug mit mehreren Tausend Anhängern für einige Minuten zum Stehen. In die Blockade reihten sich nach und nach immer mehr Menschen mit "Refugees welcome"-Rufen ein. Die Polizei verhinderte eine Eskalation, sprach aber rein rechtlich nicht von einer Sitzblockade. Die Pegida-Demonstration wurde kurzfristig umgeleitet.

Die Dresdner Polizei, die mit mehr als 1.660 Beamten aus Sachsen, Rheinland-Pfalz, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen im Einsatz war, zog insgesamt ein positives Fazit. "Es blieb weitgehend friedlich", sagte ein Polizeisprecher MDR SACHSEN. "Es gab keine Festnahmen. Die Zahl der Straftaten liegt bisher im einstelligen Bereich." So wurden unter anderem Verstöße gegen das Versammlungsgesetz sowie das Tragen verfassungsfeindlicher Symbole festgestellt. Drei Polizisten wurden durch Böllerwürfe beziehungsweise einem Schlag mit einem Besenstiel verletzt.

Der "Trauermarsch" von Pegida hat unterdessen bei französischen und frankophonen Karikaturisten einen Sturm der Empörung ausgelöst. Sie veröffentlichten unter dem Motto "Pegida, verschwinde!" ein Flugblatt und Karikaturen.

Ein Mitorganisator des Künstlerprotestes sagte: "Wir lehnen es ab, dass Pegida das Gedenken an unsere Kollegen vereinnahmen will." Die Bewegung stehe für alles, was die getöteten Kollegen der französischen Satirezeitschrift "Charlie Hebdo" durch ihr Werk bekämpft hätten. "Wir, die französischen und frankophonen Zeichner, sind entsetzt über die Ermordung unserer Freunde. Und wir sind angewidert, dass rechte Kräfte versuchen, diese für ihre Zwecke zu instrumentalisieren", steht in dem Flugblatt. Eine der Karikaturen zeigt eine Hyäne und einen Aasgeier, die aus dem Terroranschlag Kapital schlagen wollen. Zugleich rufen die Zeichner die Dresdner Bürger zu Weltoffenheit und Toleranz auf: "In diesem Kampf ist Dresden, wie Paris, eine symbolische Stadt."

Patzelt: Viele Menschen empfinden Pegida als Befreiung

mdr, 13.01.2015

Deutschland ist gespalten - in Pegidagegner und Befürworter. Am vergangenen Montag gingen rund 100.000 Menschen bundesweit gegen Pegida auf die Straße. Rund 30.000 folgten den Aufrufen der Islamkritiker, die meisten in Dresden. Warum kommen gerade hier so viele Menschen zu den Demonstrationen? Politikwissenschaftler Werner Patzelt von der TU Dresden sieht in dem Dresden-Phänomen ein Ventil, das sich geöffnet hat. Zudem sei Sachsens Landeshauptstadt grundkonservativ und biete dadurch beste Bedingungen.

Herr Patzelt, Pegida bekommt trotz des enormen Zulaufs immer mehr Gegenwind. Reagieren die Pegida-Köpfe darauf? Hat sich bei den Demonstrationen etwas verändert?

In Dresden sind es nicht nur mehr geworden, auch die Reden sind besser geworden. Sie sind weniger volksaufwieglerisch, klarer und rationaler. Es ist so, dass man sich auch zu klaren Forderungen durchgerungen hat. Und das erlaubt allmählich, sich zumindest mit dem Dresdner Pegida-Bündnis politisch auseinanderzusetzen, weil man nun halbwegs weiß, was sie wollen.

Warum kommen ausgerechnet so viele Menschen nach Dresden?

Einerseits ist es so, dass nichts erfolgreicher ist als der Erfolg. Wer nach Dresden kommt, weiß, dass er eine ziemlich gesittet ablaufende Pegida-Demonstration erlebt. Im Vergleich zu den Gegendemonstranten ist man in der Überzahl. Und das ist natürlich eine andere Situation, als wenn man wie in Leipzig zahlenmäßig unterlegen ist.

Es bleibt natürlich die Frage, warum in Dresden und nicht anderswo. Seit gestern Abend bin ich überzeugt, dass meine Erklärung stimmt. Erstens: Damit überhaupt eine Bewegung aus einer Facebook-Gruppe heraus zu einer so großen Anzahl anwachsen kann, braucht es eine große Stadt, auch mit einem dicht besiedelten Umland, denn sonst kommen ja nicht Tausende zusammen.

Zweitens: In Deutschland ist es so, dass das Sorgen machen über Zuwanderung und die Folgen von Zuwanderung als ein rechtes Thema gilt. Wer fortschrittlich ist, wer grün ist, wer links ist, der weiß einfach, dass Zuwanderung und Multikulturalität überhaupt kein Problem sind, sondern dass die einzige Voraussetzung darin besteht, die verstockten anderen Deutschen zu einer Willkommenskultur zu bewegen.

Wer sagt, es gibt auch ein paar systematische Probleme, der ist entweder selbst rechts oder er wird gleich zu rechts etikettiert. Folglich braucht man eine Großstadt mit einer konservativen, einer rechten oder zumindest nicht linken Grundierung. Und blickt man nun auf die ostdeutsche Landkarte, wird man nicht viele nichtlinke Großstädte finden. Da fällt einem in erster Linie, wenn nicht sogar als einzige Stadt, Dresden auf. Und dass es in Leipzig gestern genau andersrum war, ist sozusagen der Beweis für meine These.

Wird Deutschland durch Pegida gespalten?

Das ist zu viel gesagt. Pegida hat durchaus zu einer Politisierung beigetragen. Und das ist in einer Demokratie ja nichts Schlechtes. Pegida hat zu einer Thematisierung beigetragen, nämlich der Probleme, die mit Einwanderungspolitik nun einmal einhergehen. Das ist in einer Demokratie auch nichts Schlechtes.

Und das Dritte wird je nach politischem Standpunkt verschieden beurteilt. Es besteht darin, dass

sich in Deutschland, aus welchen Gründen auch immer, der politische Diskurs und das Parteiensystem nach links verschoben haben. Im Vergleich dazu, wie die tatsächliche Meinungsverteilung in der Bevölkerung ist. So ist im rechten politischen Spektralbereich eine Art Repräsentationslücke entstanden. Diese versuchten immer wieder Parteien wie die Republikaner, die DVU, die NPD zu füllen. Aber als schmutzige Parteien ohne sonderliche Leistungsfähigkeit haben die sich da nicht lange gehalten.

Inzwischen ist in diesem Bereich die AfD, die ein ganz anderes Kaliber als die früheren Schmutzparteien ist, tätig. Und in diese Repräsentationslücke ist auch die Dresdner Pegida-Bewegung gestoßen. Und die einen empfinden das nun als eine Befreiung, dass sich endlich ein Ventil geöffnet hat, wo Dinge durch die Gebote und Verbote politischer Korrektheit unter dem Deckel gehalten worden sind, nun auch an die Öffentlichkeit kommen. Und die anderen ringen um die Beibehaltung der jahrzehntlang funktionierenden linksliberalen oder grünen oder mittigen politisch korrekten Hegemonie. Und das steht eigentlich im Hintergrund der heftigen Auseinandersetzung zwischen Pegidisten und Antipegidisten.

Heißt das, durch Pegida verändert sich die politische Kultur?

Das scheint mir schon der Fall zu sein. Wobei noch unklar ist, wie das Ringen ausgeht. Es kann ja auch sein, dass es gelingt, Pegida, so wie frühere rechtsextremistische Bewegungen, die die Dresdner Pegida-Bewegung klarerweise nicht ist, wieder unter den Deckel zu bringen. Und dann entsteht eben ein schwelender Konflikt zwischen einem nennenswerten Teil der Bevölkerung und der politischen Klasse. Das verändert dann unsere politische Kultur nicht auf der Oberfläche, hat aber einen Infektionsherd in den tiefen Schichten. Und es kann umgekehrt auch sein, dass es der AfD gelingt, jene Wucht, die hinter Pegida steht, mit ihren eigenen Anliegen zu verbinden. Dann etabliert sich rechts von der CDU eine neue Partei und dann freilich schaut das politische Spielfeld in Deutschland völlig anders aus.

Asylbewerber in Dresden erstochen

sz-online, 13.01.2015, lex mit dpa

In einer Dresdner Plattenbausiedlung wird ein toter Mann aus Eritrea gefunden. Die Polizei geht zunächst nicht von einem Verbrechen aus. Doch schon am Tag danach wird die Mordkommission personell verstärkt.

Der in Dresden tot aufgefundene Asylbewerber aus Eritrea ist einem Gewaltverbrechen zum Opfer gefallen. Die Obduktion habe ergeben, dass der 20-Jährige durch mehrere Messerstiche in Hals und Brust starb, sagte der Sprecher der Staatsanwaltschaft Dresden, Lorenz Haase, am Mittwoch. Die Behörde ermittelt wegen Totschlags. Täter, Hintergründe und Umstände des Verbrechens seien noch unbekannt. Auch die Tatwaffe wurde bisher nicht gefunden. Die Ermittler suchen nach Hinweisen auf eine mögliche Auseinandersetzung. Möglicherweise ist der Fundort der Leiche nicht der Tatort.

Die Mordkommission wurde inzwischen personell auf 25 Beamte aufgestockt. Kriminaltechniker sicherten Spuren in der Wohnung und am Fundort des Afrikaners. Die Ermittler befragen nach Angaben der Staatsanwaltschaft unter anderem die Mitbewohner des Ostafrikaners und suchen mögliche Zeugen der Tat, wobei eventuell auch Videoaufnahmen aus Bahnen und Bussen interessant sein könnten. Die Behörden hatten in ihrer ersten Information zu dem Fall zunächst mitgeteilt, dass es für eine Fremdeinwirkung keine Anhaltspunkte gäbe. Noch am Mittwochmorgen erklärte ein Polizeisprecher, dass alles möglich sei - von Unfall bis Mord. Am Nachmittag sprach

dann Polizeipräsident Dieter Kroll davon, dass die Ermittler von einem Gewaltverbrechen ausgingen, Unfall oder Selbstmord ausgeschlossen würden.

Nach Medienberichten war der 20-Jährige zuletzt am Montagabend gesehen worden, als er einkaufen gehen wollte. Er kehrte nicht in die Plattenbausiedlung im Stadtteil Leubnitz-Neuostra zurück. Am nächsten Morgen entdeckten Passanten die Leiche des jungen Mann vor dessen Wohnhaus und verständigten die Polizei. Wie lange er schon tot war und dort gelegen hatte, konnte Haase nicht sagen

Orosz warnt vor Spekulationen

„Die Nachricht, dass gestern ein junger Mann, durch Messerstiche getötet, in Dresden gefunden wurde, hat mich sehr geschockt“, erklärte Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU). Sie warnte vor Spekulationen über Täter und Hintergründe. Sie hoffe sehr, dass Polizei und Staatsanwaltschaft diese Fragen schnell klären können. „Ich habe aber auch vollstes Vertrauen in die Sicherheitsbehörden, dass dies geschieht“, sagte die CDU-Politikerin.

Nach den Worten von Orosz wird sich die Stadt nun um die anderen Asylbewerber kümmern, die mit dem Opfer zusammengelebt haben. Das Sozialamt sei bereits beauftragt, eine Betreuung zu organisieren.

Spontane Mahnwache in der Neustadt

Aus Solidarität mit dem Toten, angeblich heißt er Khaled I., haben sich am Mittwochnachmittag Dresdner am Jorge-Gomondai-Platz zu einer Mahnwache versammelt. Dabei waren auch mehrere Dutzend Asylbewerber aus Eritrea. Sie sprachen davon, dass sie Angst haben und Hilfe brauchen. In der Stadt herrsche ein fremdendfeindliches Klima, es gebe auch offene Anfeindungen gegenüber Asylbewerbern.

Vor dem Dresdner Albertinum versammelten sich anschließend mehr als 200 Menschen und trauerten um den Toten. Am gleichen Ort findet am Mittwoch der Neujahrsempfang des sächsischen Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich (CDU) statt. Petra Köpping (SPD), die Staatsministerin für Gleichstellung und Integration, traf sich vor dem Gebäude mit den Demonstranten und Asylbewerbern, um über die aktuelle Situation und Fremdenfeindlichkeit zu sprechen. „Ich möchte, dass Sie wieder angstfrei in Sachsen leben können.“ Sie sagte, dass es in der nächsten Zeit weitere Gespräche geben wird.

Khaled I. hatte mit weiteren Asylbewerbern erst seit wenigen Wochen in einer Wohnung in der Johannes-Paul-Thilman-Straße gelebt. Seine Mitbewohner machen sich nun Sorgen um ihre Sicherheit.

Aus dem Landtag kamen Forderungen nach umfassender Aufklärung des Falls. Dabei müsse auch ein mögliches rassistisches Motiv geprüft werden, sagte die Abgeordnete Juliane Nagel (Linke). Albrecht Pallas (SPD) mahnte zur Besonnenheit. „Spekulationen - in welche Richtung auch immer - helfen nicht weiter.“ Valentin Lippmann (Grüne) warnte „in der aufgeheizten Atmosphäre“ vor Vorverurteilungen und Schnellschüssen. „Ergebnisse der Ermittlungen müssen abgewartet werden.“

Innenminister Ulbig bereit für Dialog mit Pegida

mdr, 13.01.2015

Sachsens Innenminister Markus Ulbig will erstmals auch den Organisatoren der Pegida-Bewegung ins Gespräch kommen. Das sagte der CDU-Politiker in der MDR-Fernsehsendung "Fakt ist ...!" am Montagabend. Ulbig erklärte, er wolle mit jedem sprechen, der dialogbereit ist. Dabei schloss er auch die "Verantwortlichen" nicht mehr aus. Er sei bereit, in den Dialog einzutreten. Wie, wann und wo genau das geschehen soll, ließ Ulbig offen. Der Minister räumte ein, dass es bisher keine konkret terminierte Einladung an Pegida-Vertreter gäbe. Vielmehr bestehe seit einiger Zeit ein allgemeines Angebot an die gesamte Pegida-Bewegung.

Pegida erwartet "zeitnahen" Terminvorschlag

Pegida-Organisatorin Kathrin Oertel zeigte sich am Dienstagabend erfreut über das Gesprächsangebot. "Wir nehmen ihm seine Beleidigung von uns Organisatoren als Rattenfänger nicht mehr übel", teilte Oertel mit. "Sie ist sicher seiner Voreingenommenheit uns gegenüber geschuldet gewesen. Wir erwarten gern einen zeitnahen Vorschlag für ein Treffen."

Bisher hatte die sächsische Staatsregierung mehrfach abgelehnt, mit Organisatoren von Pegida zu sprechen, da diese mehrfach Politiker öffentlich beschimpft und verunglimpft hätten. Zugleich kann sich Ulbig nach eigenen Angaben auch vorstellen, in größeren Runden mit 100 oder 150 Personen sinnvolle Gespräche zu führen. Gehe es um Fremdenfeindlichkeit, habe der Dialog aber Grenzen, betonte Ulbig.

Am Montagabend waren allein in Dresden erneut 25.000 Sympathisanten von Pegida auf die Straße gegangen. An Gegenaktionen beteiligten sich in der sächsischen Landeshauptstadt 9.000 Menschen.

Die Politikberaterin und frühere Landtagsabgeordnete der Grünen, Antje Hermenau, erklärte in der Sendung, den Pegida-Anhängern gehe es längst nicht mehr nur um Zuwanderung, Asyl und Islam. Vielmehr hätten viele Menschen das Vertrauen in den Staat verloren, aber auch in Institutionen wie Kirchen oder Medien. Die Themen reichten inzwischen bis zur Pkw-Maut. Hermenau zufolge mache die Entwertung von Ersparnissen insbesondere vielen älteren Menschen Angst.

Der Direktor der Sächsischen Landeszentrale für Politische Bildung und frühere DDR-Bürgerrechtler, Frank Richter, sieht Parallelen zu den Demonstrationen im Wendeherbst 1989. Rufe wie "Wir sind das Volk" seien insofern berechtigt, da die Menschen nur ihre Grundrechte wahrnehmen würden. Im Jahr 1989 sei auch nicht das gesamte Volk unter diesem Slogan für gesellschaftliche Veränderungen in der DDR auf die Straße gegangen. Andere Bürgerrechtler hingegen sehen ihren damaligen Slogan von Pegida missbraucht.

Richter räumte ein, Pegida anfänglich falsch bewertet zu haben. Es seien in Dresden nicht mehrheitlich Rechtsextreme auf der Straße, wie im Spätherbst 2014 noch angenommen. Zugleich wandte er sich jedoch auch gegen Hetzreden, die auf den Pegida-Demonstrationen mit Beifall bedacht würden. Richter plädierte ebenfalls für Dialog mit den offenkundig verunsicherten Menschen. Er verwies darauf, dass diese einen großen Redebedarf hätten. Deshalb sei Zuhören besonders wichtig.

Abgezählt oder angezählt?

sz-online, 13.01.2015, Thomas Schade

Wie kommen Teilnehmerzahlen zustande, an denen sich Veranstalter von Kundgebungen mitunter regelrecht berauschen?

25 000 Montagabend bei Pegida, 35 000 Menschen am vergangenen Sonnabend bei der Kundgebung für eine weltoffene Gesellschaft in Dresden – Teilnehmerzahlen, die nicht selten in Zweifel gezogen werden.

Als offiziell gelten in der Regel die Angaben der Polizei, die Märsche, Demonstrationen oder Kundgebungen absichert. Wie die Pressestelle der Dresdner Polizei gestern auf Nachfrage mitteilte, stehen den Beamten für die Ermittlung drei Möglichkeiten zur Verfügung. Sie können erstens den Zugang kontrollieren, wenn Veranstaltungsteilnehmer Schleusen oder enge Zugangswege passieren müssen.

Bei Demonstrationenzügen richtet die Polizei sogenannte Zählposten ein. Hierbei registrieren die Beamten die vorbeiziehenden Veranstaltungsteilnehmer. Dabei versuchen sie die Zahl der Menschen zu ermitteln, die in einer Reihe laufen, zudem zählen sie die Reihen des Demozuges. Beide Zahlen werden multipliziert.

Schwieriger ist es bei sogenannten „stehenden“ Kundgebungen. Um einigermaßen genau schätzen zu können, versuchen die Beamten die Fläche zu berechnen, auf der die Veranstaltung stattfindet. Steht diese Angabe zur Verfügung, so schätzen die Beamten an mehreren Stellen ab, wie dicht die Kundgebungsteilnehmer stehen (zwei, drei oder vier Personen je Quadratmeter). Der Mittelwert wird auf die Gesamtfläche hochgerechnet. Bei häufig genutzten Plätzen gibt es Erfahrungswerte. So finden nach Polizeiangaben auf dem Dresdner Theaterplatz etwa 30 000 Menschen Platz. Als sich die islamkritische Pegida vor Weihnachten dort traf, hatte die Polizei vom Balkon der Semperoper beobachtet, dass der Platz etwa zur Hälfte gefüllt war. Da Pegida selbst schon 20 000 verkündet hatte, einigten sich Veranstalter und Polizei am Ende auf 17 500 Teilnehmer.

Für Diskussionen sorgte gestern, dass die Polizei am Sonnabend nach der Kundgebung an der Frauenkirche keine offizielle Teilnehmerzahl bekannt gegeben hatte. Pegida-Anhänger zweifeln im Netz die Zahl 35 000 an. Von der Polizei war gestern zu hören, dass man die Fläche des Kundgebungsplatzes nicht kannte. Dabei sollte das auch nachträglich kein Problem sein. Dafür gibt es zahlreiche Übersichtsbilder und im Internet Google Earth.

Männlich, 48 Jahre alt: TU Dresden legt Studie zum typischen Pegida-Demonstranten vor

dnn, 14.01.2015, ste

Für die Teilnehmer der Dresdner Pegida-Demos spielt das Thema Islamisierung eine offenbar immer geringere Rolle. Laut einer Studie der TU Dresden, deren erste Ergebnisse am Mittwoch vorgestellt wurden, nennen mehr als 50 Prozent die „Unzufriedenheit mit der Politik“ als Grund für die Teilnahme. Nur für 20 Prozent geht es um Zuwanderung oder Religion. Weitere 20 Prozent gaben Kritik an den Medien als Grund für ihr Kommen an.

Zudem hat die Studie erfasst, wer zu Pegida geht. Der „typische“ Pegida-Demonstrant stammt aus der Mittelschicht, ist gut gebildet und verdient überdurchschnittlich gut. Er ist im Schnitt 48 Jahre

alt, männlich, weist keine Konfession und auch keine Parteizugehörigkeit auf. Und: Nur jeder dritte Demonstrant kommt aus Dresden.

Für die Studie, die erste empirische Erhebung zum Phänomen Pegida überhaupt, hatten 15 Studenten und Mitarbeiter der TU an drei Demo-Tagen im Dezember und Januar insgesamt 400 Teilnehmer anonym für jeweils rund zwei Minuten befragt. Die Studie hat aber ein Problem: Von den angesprochenen Pegida-Teilnehmern verweigerten rund 65 Prozent jede Aussage. Zudem sei den Befragern eine teils feindselige Stimmung entgegen gebracht worden. Für manche hätte die Umfrage aber auch fast eine therapeutische Wirkung gehabt. Einige hätten sich gegenüber den Wissenschaftlern ihren ganzen Frust von der Seele geredet.

Die Forscher sehen ihre Daten trotz der vielen Nicht-Antworten jedoch als ausreichend an. Große Verzerrungen seien nicht zu erwarten. Die Stichprobe von 400, die mit den TU-Mitarbeitern redeten, sei groß genug für verlässliche Aussagen.

Studienleiter Hans Vorländer, Professor für Politische Theorie und Ideengeschichte an der TU Dresden, nimmt in den Ergebnissen eine tiefe Kluft zwischen Politik und Medien auf der einen Seite und den Problemen und Meinungen der Pegida-Teilnehmer auf der anderen Seite wahr. Seiner Meinung nach würden die Aussagen die Krise der repräsentativen Demokratie aufzeigen. Während politische Willensbildung in der Praxis immer komplexer werde und Kompromisse erforderten, wolle der Bürger einfache Aussagen und unmittelbar gehört werden. Das sei ein strukturelles Dilemma, so Vorländer. Für Politik und Medien gehe es nun darum, die Komplexität zu erklären, zu zeigen, dass Kompromisse nötig sind.

Eine Möglichkeit dazu könnten Volksentscheide sein. „Ich glaube nicht, dass das die Lösung der Probleme ist“, so Vorländer. Es würde die Bürger aber in die Verantwortung nehmen. Diese könnten dann nicht mehr die Politiker als Sündenböcke ansehen. „Man sollte es mal versuchen“, schlug der Wissenschaftler vor.

Wie es mit Pegida in den kommenden Wochen und Monaten weitergehen könnte, dazu macht die Studie keine Aussagen. Vorländer selbst vermutet, dass sich Pegida entweder zu einer eigenständigen rechtspopulistischen Bewegung entwickeln, oder zum Partner der AfD werden könnte. In jedem Fall wollen er und seine Mitarbeiter auch künftig Pegida-Teilnehmer zu deren Ansichten befragen.

SEINE STUDIE ZEIGT DIE WAHRHEIT ÜBER PEGIDA

mopo, 14.01.2015, Matthias Kernstock

Wer sind die Menschen, die zu Tausenden am Montag bei PEGIDA auf die Straße gehen? Die TU Dresden hat die Demonstrationen jetzt untersucht und am Mittwochmorgen die Ergebnisse veröffentlicht.

Demnach entstammt der „typische“ PEGIDA-Demonstrant der Mittelschicht, ist gut ausgebildet, berufstätig, männlich und 48 Jahre alt.

Außerdem verfügt er über ein für sächsische Verhältnisse leicht überdurchschnittliches Nettoeinkommen, gehört keiner Konfession an, weist keine Parteiverbundenheit auf und stammt aus Dresden oder Sachsen.

"Es geht um eine tief empfundene Kluft zwischen der Politik und den Medien auf der einen und dem Willen der Bürger auf der anderen Seite - also dem Widerspruch von denen da oben und uns da unten", resümierte der Politikwissenschaftler der TU Dresden, Dr. Hans Vorländer, die vorgestellte Studie am Mittwoch.

Der Professor und sein Team haben 400 Teilnehmer befragt. Dazu gingen sie an den Montagen 22.12, 5.1. und 12.1. mit auf die Straße. Am Ende die 400 Gesprächspartner zu finden, war nicht so leicht. Denn mehr als jeder zweite wollte nichts sagen.

Es ist die erste empirische Untersuchung zur Zusammensetzung der PEGIDA-Demonstrationen, die veröffentlicht wurde.

Die Ergebnisse im Einzelnen:

Der Protest wird keineswegs von Rentnern und Arbeitslosen getragen - 70 Prozent der befragten Demonstrationsteilnehmer stehen im Beruf.

Die befragten Teilnehmer der Demonstrationen gegen die "Islamisierung des Abendlandes" sind nur zu knapp einem Viertel durch "Islam, Islamismus oder Islamisierung" motiviert.

Das Hauptmotiv für die Teilnahme an PEGIDA-Demonstrationen ist eine generelle "Unzufriedenheit mit der Politik". An zweiter Stelle wird die Kritik an Medien und Öffentlichkeit genannt; an dritter Stelle folgen grundlegende Ressentiments (Abneigung) gegenüber Zuwanderern und Asylbewerbern, dabei sind Vorbehalte gegen Muslime bzw. den Islam besonders ausgeprägt.

In den Befragungen kommt die Wahrnehmung einer tiefen Kluft zum Ausdruck: zwischen den Massenmedien, der veröffentlichten Meinung und der etablierten Politik auf der einen Seite und den Problemen des Bürgers und dem "Willen des Volks" auf der anderen Seite.

An was glauben die PEGIDA-Anhänger?

73 Prozent der Befragten haben keine Konfession, 4 Prozent sind katholisch, 21 Prozent protestantisch. 2 Prozent gaben "andere" Glaubensrichtung an.

Die Herkunft der Teilnehmer wollten die Forscher ebenfalls wissen. Gut ein Drittel (36 Prozent) stammen aus Dresden und der Umgebung. 38 Prozent der Teilnehmer sind aus Sachsen (nicht aus Dresden) und 9 Prozent kommen aus Ost-Deutschland. Immerhin reisen 6 Prozent der PEGIDA-Teilnehmer aus West-Deutschland an. (Fehlende Werte: Ausland/keine Angabe)

Auch das Einkommen spielte für die Forscher eine wichtige Rolle.

Der größte Anteil der Befragten (24 Prozent) verdient zwischen 801 und 1500 Euro im Monat (Netto). 19 Prozent zwischen 1501 und 2500 Euro. Der geringste Teil (9 Prozent) gab an, mehr als 3500 Euro zu verdienen. 13 Prozent verdienten bis 800 Euro Netto, 11 Prozent zwischen 2501 und 3500 Euro.

Die Befragung der PEGIDA-Demonstranten gehört zum Forschungsprojekt "Der gute Bürger. Erwartungshorizonte und Zuschreibungspraxen". Die Studie untersucht, was einen "guten Bürger" ausmacht. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Untersuchung des "Wutbürgers".

DRESDNER POLIZEICHEF: DER ASYLBEWERBER WURDE GETÖTET!

mopo, 14.01.2015, Anneke Müller

Jetzt steht es fest, was bislang als vage Vermutung im Raum stand! Der afrikanische Asylbewerber (20), den man am Dienstagvormittag im Innenhof einer Dresdner Plattenbausiedlung fand, ist getötet worden.

Das bestätigte am Mittwoch der Dresdner Polizeichef Dieter Kroll (60) gegenüber MOPO24: "Nach jetzigem Befund legen wir uns darauf fest, dass ein Messerstich ursächlich für die Verletzung verantwortlich ist. Wir schließen aus, dass es sich um einen Unfall handelt. Es ist ein Tötungsdelikt! Von vorsätzlichem Handeln ist auszugehen."

Der 20-jährige Khaled Idris aus Eritrea hatte am Montagabend gegen 20 Uhr seine Wohnung an der Johannes-Paul-Thilmann-Straße im Stadtteil Leubnitz-Neuostra verlassen, um noch Einkäufen zu gehen. Seine Mitbewohner berichten gegenüber MOPO24, dass er von diesem Gang nicht zurückkehrte.

Am Dienstagmorgen fanden Anwohner den jungen Mann tot in einer Blutlache. Erst meldete die Polizei, dass von "keiner Fremdeinwirkung" auszugehen ist. Am Abend revidierte Polizeichef Kroll diese Aussage gegenüber MOPO24 und bestätigte einen Anfangsverdacht auf einen unnatürlichen Tod.

Nach der Obduktion der Leiche hat nun auch die Kriminalpolizei Gewissheit. Die Verletzung war als Messerstich allerdings für die Polizisten, die zuerst am Tatort eintrafen, schwer zu erkennen.

Am Mittwochnachmittag hatte die Spurensicherung der Kriminalpolizei Dresden noch einmal einen Ortstermin am Tatort. Spezialisten schauten sich noch einmal die Umgebung an, befragten Anwohner und suchten Zeugen.

Der Wohnblock, wo auch das Opfer lebte, ist kein Asylheim. Das heißt, Khaled Idris war in einer Vierraum-Wohnung zusammen mit ca. sechs bis sieben Mitbewohnern in einer sogenannten "dezentralen Unterbringung". In dem Sechsgeschosser wohnen sonst vorwiegend Deutsche.

Gedenken für den toten Khaled

Am Mittwochnachmittag riefen das Bündnis "Dresden Nazifrei" und der Ausländerrat zu einer Gedenkfeier auf den Dresdner Jorge-Gomondai-Platz: "Wir werden... versuchen unseren Gefühlen Ausdruck zu verleihen, auch wenn sie nicht in Worte zu fassen sind. Wir tun dies nicht vereinzelt, sondern zusammen. Nicht im Privaten, sondern auf der Straße, weil dies in einer Stadt mit offen rassistischer Grundstimmung geschehen ist."

Spontane Demo beim Neujahrsempfang

Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (55, CDU) hatte am Mittwochnachmittag 15 Uhr zu seinem traditionellen Neujahrsempfang geladen, diesmal ins Albertinum. Vor dem Eingang (Foto) versammelten sich spontan 200 bis 300 Menschen, darunter viele Asylbewerber. Sie forderten von den Politikern schnelle Aufklärung des Todesfalls Khaled Idris. Auf dem Plakat steht: "Khaled Idris Bahray. Der Bruder ist gestorben. 12.1.2015. Wir gehören zu Gott und zu Gott kehren wir zurück."

Die Ministerin für Gleichstellung, Petra Köpping (56, SPD, Foto), reagierte sofort und stellte sich den Demonstranten zur Diskussion. Einer der Asylbewerber sagte zu ihr: "Eigentlich ist es in

Dresden gut für uns, doch viele hassen uns. Deswegen wollen wir Dresden wieder verlassen." Frau Köpping entgegnete: "Wir werden alles daran setzen, dass der Fall schnell aufgeklärt wird. Das macht mich alles sehr betroffen."

12.01.2015 bis 15.01.2015, bundesweit, ddnf Pressespiegel

Islamfeinde in Dresden: Pegida zieht immer mehr Menschen an

spiegel, 12.01.2015, wal/dpa

So viele kamen noch nie: An der Pegida-Kundgebung in Dresden haben laut Polizei 25.000 Menschen teilgenommen, die Veranstalter sprechen gar von 40.000. Zu Gegendemos versammelten sich bundesweit Zehntausende, in Leipzig ging ein Auto in Flammen auf.

Tausende auf der einen Seite, Tausende auf der anderen: Zur montäglichen Pegida-Demonstration in Dresden haben sich so viele Menschen versammelt wie noch nie. Gleichzeitig wächst bundesweit die Zahl derer, die sich auf Gegendemos für ein weltoffenes Deutschland aussprechen.

In Dresden kamen nach Polizeiangaben 25.000 Menschen zur Pegida-Demo, laut Veranstalter sollen es sogar 40.000 gewesen sein. Es war die erste Kundgebung seit den Terroranschlägen von Paris. Die größte Gegendemonstration fand in Leipzig statt. Hier kamen nach Angaben eines Stadtsprechers rund 30.000 Menschen zusammen, die gegen den Pegida-Ableger Legida demonstrierten.

In Leipzig kam es laut Polizei vereinzelt zu Rangeleien. In der Gesamtschau sei es aber friedlich geblieben, sagte ein Polizeisprecher in einer ersten Bilanz. Im Waldstraßenviertel, wo die Islamfeinde von Legida demonstrierten, ging ein Auto in Flammen auf. Zunächst war unklar, wer den Wagen in Brand gesetzt hatte. Auf der Seite von Legida demonstrierten laut Polizei 4800 Teilnehmer.

In Dresden gab es am Rande des Demonstrationzugs einzelne Blockadeversuche von Pegida-Gegnern. In der sächsischen Landeshauptstadt demonstrierten mehr als 7000 Menschen gegen Pegida. Zu größeren Zwischenfällen oder Festnahmen sei es nicht gekommen, sagte ein Polizeisprecher.

Trotz der Ankündigung, nach den Terrorattacken von Paris mit Trauerflor aufzumarschieren, waren auf der Pegida-Demo nur wenige Deutschlandfahnen mit schwarzen Bändern zu sehen. Einige der Demonstranten hielten Schilder mit dem Spruch "Je suis Charlie" in die Höhe.

In Berlin versammelten sich nach Polizeiangaben in der Spitze rund 4000 Menschen, um gegen die Islamfeinde zu protestieren. Die rund 400 Anhänger des Pegida-Ablegers Bärigida wurden von den Sprechchören und dem Pfeifkonzert der Gegendemonstranten übertönt.

Zu einem Großaufgebot an Gegendemonstranten kam es in München: Allein in der bayerischen Landeshauptstadt beteiligten sich 20.000 Menschen an einer Demonstration unter dem Motto "München ist bunt". "Wir stehen auf gegen jede Form von Rassismus, Antisemitismus und rechter Gewalt", sagte der Münchner Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD).

Selbst in London haben Menschen gegen islamfeindliche Kundgebungen, Rassismus und Faschismus demonstriert. Über ein Megaphon bekundeten die Demonstranten Solidarität mit den Anti-Pegida-Kundgebungen in Deutschland. Etwa ebenso viele Menschen protestierten einige Meter entfernt für Pegida.

Dynamo Dresden und Pegida: Gespaltene Stadt, gespaltener Verein

spiegel, 12.01.2015, Christoph Ruf

Dynamo Dresden plädiert für einen Dialog mit den Pegida-Demonstranten. Anhänger werfen dem Fußball-Drittligisten deswegen "Kumpanei" vor. Tatsächlich geht es dem Klub darum, keine Seite zu verärgern.

Am Montagabend werden wieder Tausende Dresdner auf den Straßen sein, um mit oder gegen Pegida zu demonstrieren. Der Riss wird dabei auch durch die Fanszene des Drittligisten Dynamo Dresden gehen. Von dessen Anhängern traten zuletzt einige bei den Gegendemonstrationen auf. Deutlich mehr allerdings sah man bei den Pegida-Aufmärschen selbst.

"Ein Fußballstadion bildet den Bevölkerungsdurchschnitt ab, das ist bei uns nicht anders", sagt Dynamo-Geschäftsführer Robert Schäfer SPIEGEL ONLINE. Die vielen Dynamo-Schals bei Pegida gefallen ihm allerdings gar nicht: "Wer mit Dynamo-Fanutensilien auf eine Pegida-Demo geht und Mitglied ist, verstößt gegen unsere Satzung. Dafür müssen wir weiter sensibilisieren." Sensibilisieren. Es ist ein vorsichtiges Wort, mit dem Schäfer das Vorgehen gegen die vielfachen Satzungsverstöße beschreibt. Und die Vorsicht passt allgemein gut zum Umgang des Klubs mit dem Pegida-Phänomen. Vereinsausschlüsse will Schäfer jedenfalls nicht aussprechen.

In der vergangenen Woche hat Dynamo zusammen mit anderen Dresdner Vereinen einen Aufruf unterzeichnet, der einen Dialog zwischen Pegida und ihren Gegnern in Gang setzen sollte. In dem kurzen Aufruf grenzen sich die Eislöwen (Eishockey), die Dresden Monarchs (American Football), die Volleyballabteilung des Dresdner SC und der Volleyball Club Dresden im zweiten Satz klar von rechts ab: "Die Dresdner Vereine setzen sich für Akzeptanz und Respekt sowie gegen Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus ein."

Es wird dann aber der Eindruck erweckt, als habe Pegida mit ebendieser Fremdenfeindlichkeit nichts zu tun: "Aus Sicht des Sports ist es wichtig, den berechtigten Interessen der Bürger zuzuhören, ihre Sorgen ernst zu nehmen (...) und in einen offenen und fairen Dialog einzutreten."

Dementsprechend groß ist der Protest in den sozialen Netzwerken, auch Dynamo-Fans sprechen davon, man könne die Formulierung als "Kumpanei" mit Pegida auffassen. Dabei merkt man den Formulierungen eher an, dass die Verfasser vor allem eines nicht wollen: anecken. Nicht bei den Pegida-Gegnern, denen das klare Bekenntnis gegen Rassismus gefallen dürfte. Und nicht bei deren Unterstützern, die die "berechtigten Interessen" gern zur Kenntnis genommen haben dürften.

"Man muss Dynamo zugestehen, dass er in seinem Einflussbereich engagiert gegen Rassismus vorgeht", sagt Danilo Starosta von der Fachstelle Jugendhilfe - Demokratiewerte gegen Rechtsextremismus des Kulturbüros Sachsen. In der Fankurve, dem K-Block, habe es keine Mobilisierung für Pegida gegeben, weite Teile der Ultra-Szene zeigten sich immun gegen deren Themen. Einen Kritikpunkt am Aufruf hat aber auch Starosta: "Mir fehlt das positive Bekenntnis. Ich bin mir jedenfalls sicher, dass es ohne Zuwanderung um den Dresdner Spitzensport schlechter bestellt wäre."

So sieht es auch Benjamin Kümmig, Dresdner Juso und Jugendtrainer beim DSC: "Das Problem ist die Diskrepanz zwischen Vereinsführungen und großen Teilen der Anhängerschaft in solchen Fragen. In Dresden wird penibel drauf geachtet, als 'unpolitisch' zu gelten. Dabei sind Werte wie Respekt, Weltoffenheit und das Einstehen gegen Rassismus Gebote der Menschlichkeit." Die teils heftigen Reaktionen der Anhängerschaft zeigten aber, "dass der Deckmantel des Unpolitischen auch dazu dient, genau diese Gebote abzulehnen".

Dynamo-Geschäftsführer Robert Schäfer hat die Aufregung um den Aufruf registriert: "Bei 18.000 Menschen kann man davon ausgehen, dass da auch Bürger aus der Mitte unserer Gesellschaft dabei

sind, mit denen man sich auseinandersetzen sollte, damit sich die Fronten nicht weiter verhärten."

Dass man die Anliegen von Pegida "berechtigt" finde, stimme aber deshalb nicht: "Wir müssen uns als Sportverein politisch neutral verhalten. Aber wir müssen auch unsere Werte hochhalten. Und das bedeutet, sich gegen Fremdenfeindlichkeit und für Vielfalt auszusprechen." Genau das tue man seit Jahren: "Erst im November ist unsere Mannschaft mit dem Schriftzug 'Love Dynamo, hate racism' aufgelaufen."

Die Pegida-Miliz aus dem Stadion

zeit, 12.01.2015, Olaf Sundermayer

Schon früh haben sich Hooligans und rechtsmotivierte Fans von Dynamo Dresden der Pegida-Bewegung angeschlossen. Sie stützen die Demonstrationen. Der Verein bleibt stumm.

Viele Einrichtungen in Dresden haben sich früh von der fremdenfeindlichen Pegida-Bewegung distanziert. Die Technische Universität hat schon Anfang Dezember klar Position bezogen, ebenso die Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU). Die Chefs der Semperoper machten Ende vergangenen Jahres sogar das Licht aus, um Pegida keine Kulisse zu bieten.

Eine andere Dresdner Institution bleibt dagegen ganz bewusst neutral: der Fußballverein Dynamo Dresden. "Wir positionieren uns nicht zu Pegida", sagte Geschäftsführer Robert Schäfer ZEIT ONLINE. "Als Dynamo Dresden steht es uns gar nicht zu, diese Veranstaltungen zu bewerten."

Er sei bei keinem Pegida-Protest dabei gewesen, sagt Schäfer. So konnten ihm am vergangenen Montag auch die rund 300 Dynamo-Anhänger nicht auffallen, die sich dem Protestzug angeschlossen hatten, der in Dunkelheit und Nieselregen ausgerechnet am Stadion vorbeizog.

Bedrohliche Kulisse

Viele dieser Dynamo-Anhänger sind Hooligans und rechtsmotivierte Fans. Sie gerieren sich als Demonstrationsschutz, der Journalisten auf Distanz zu den Demonstranten hält, und bilden dabei eine bedrohliche Kulisse. Sie gehörten schon mehrmals zu den ersten, die den völkischen Ruf gegen die sogenannte Lügenpresse intonierten oder im rechtsextremen Duktus gegen Volksverräter hetzten. Niemand von ihnen gibt Interviews, O-Töne in Hörfunk und Fernsehen kommen von gemäßigeren Zauderern und Wutbürgern. Hooligans und Rechtsextremisten schweigen hier.

200 dieser rechtsmotivierten Fußballanhänger wollten am vergangenen Montag zur friedlichen Gegendemonstration gegen Pegida in die Innenstadt durchbrechen. Sie trugen die Kampfmontur der Hooligans, einige hatten Quarzsandhandschuhe wie bei verabredeten Kämpfen. Es blieb bei der Drohkulisse.

Auch gegenüber der Polizei, die sich bei den Pegida-Demonstrationen betont zurückhält. Das führt dazu, dass die rechtsmotivierten Hooligans auf den dunklen Wiesen und Wegen der Pirnaischen Vorstadt während der Demonstrationen eine gefühlte Macht haben, die sie in dem Maße selbst an den Heimspieltagen von Dynamo Dresden nicht erreichen.

Sie sind es, die Gegenprotest in Sichtweite von Pegida unmöglich machen; sie sind es, die Pressefreiheit lokal einschränken und dafür sorgen, dass sich Tausende von Pegida-Demonstranten für rund drei Stunden als eine Art Volksgemeinschaft fühlen und sich dem Irrglauben "Wir sind das

Volk" hingeben können. Diesen vermeintlichen Erfolg der Pegida haben die Hooligans von Dynamo Dresden erst ermöglicht.

Jagd auf junge Migranten

Nach der Pegida-Demonstration vor Weihnachten, die auf dem Theaterplatz vor der Semperoper stattfand, sollen rund 50 Männer, zum Teil mit Dynamo-Schals verummmt, eine Gruppe jugendlicher Einwanderer in einer Einkaufspassage gejagt haben. Die Angreifer sollen mit Teleskop-Schlagstöcken, Elektroschockern und Reizgas bewaffnet gewesen sein, teilte das Kulturbüro Sachsen mit. Einige Menschen wurden leicht verletzt. Die Polizei ermittelt noch.

Zu diesen Vorfällen will Dynamo Dresden keine Stellung beziehen. "Ich kann nur Sachverhalte kommentieren, die ausermittelt sind", sagt Geschäftsführer Schäfer. Schäfer ist Jurist und war zuvor bei 1860 München tätig, ein Verein, der über Jahre mit rechtsextremen Anhängern zu tun hatte. "Die rechtsextreme Szene bei Dynamo Dresden habe ich bisher überhaupt nicht wahrgenommen", sagte er. Die Zahl der von der Polizei geschätzten sogenannten Gewalttäter Sport bei Dynamo Dresden beurteilt er als deutlich zu hoch gegriffen: "Die Zentrale Informationsstelle Sporteinsätze spricht ja von 600 gewaltgeneigten Fans bei Dynamo Dresden, aber realistischer ist da wohl schon eher die Zahl 300."

Ganz anders bewertet Fanforscher Robert Claus von der Universität Hannover das Potenzial problematischer Fans des Drittligisten: "Dresden hat eine Fanszene, die grundsätzlich sehr gewaltaffin ist und auch viele Rechte im Stadion duldet." Allerdings hat Claus Verständnis dafür, dass sich der Verein nicht gegen Pegida positioniert. Vielmehr sei die Landesregierung und der Sächsische Fußball-Verband in der Pflicht.

Claus berät den Erstligisten Borussia Dortmund bei der Bewältigung des eigenen rechtsextremen Problems. Aus dieser Erfahrung heraus empfiehlt er Dynamo Dresden eine Kooperation mit den Sicherheitsbehörden, insbesondere mit dem polizeilichen Staatsschutz. Dynamo Dresden lehnt das in der aktuellen Situation ab. "Dafür gibt es keinen Anlass. Wir haben auch keine Erkenntnisse darüber, dass es Zusammenhänge zwischen den Pegida-Initiatoren und Teilen unserer Anhängerschaft gibt", sagt Geschäftsführer Schäfer.

Verortung von Pegida in der lokalen Sportszene

Das Fanprojekt Dresden hingegen hat die Pegida-Bewegung seit den ersten Demonstrationen im Blick. Dort weiß man, dass sich einige Dynamo-Anhänger früh Pegida angeschlossen haben. Einige Pegida-Organisatoren kommen selbst aus dem aktiven Fanumfeld von Dynamo Dresden, auch Fans aus der Eishockeyszene sind dabei. Einige Mitglieder des Pegida-Ordnungsdienstes stammen aus einem Football-Club bei Dresden.

Die Verortung in der lokalen Sportszene ist bei Pegida eindeutig. Das Fanprojekt Dresden ist zu einer öffentlichen Stellungnahme bislang allerdings nicht bereit. Seine Arbeit bestehe nicht darin, Fans zu verurteilen, sondern sie im Sinne eines friedfertigen Miteinanders mitzunehmen. Diese langfristige Arbeit wolle man nicht gefährden.

Hooligans auch anderswo

Auch in anderen Städten versammeln sich bei Pegida-Demonstrationen Hooligans. So waren bei der vergangenen Veranstaltung in Düsseldorf (Dügida) auf der Wiese neben dem Landtag etliche gewaltbereite Anhänger gekommen: von Borussia Mönchengladbach, Rot-Weiß Oberhausen, dem MSV Duisburg, Fortuna Düsseldorf und Borussia Dortmund. Viele von ihnen sind auch in der

Initiative Hooligans gegen Salafisten (Hogesa) aktiv und waren bei den gewalttätigen Ausschreitungen im vergangenen Oktober in Köln dabei. Ihren kriegerisch-selbstvergewissernden Schlachtruf "Ahu", den die Hogesa-Bewegung aus der blutrünstigen Sparta-Verfilmung 300 übernommen hat, rufen die Hooligans auch am Rande der Pegida-Demonstrationen.

Pegida und Hogesa gehören zur selben fremdenfeindlichen Bewegung. Beide haben seit Herbst vergangenen Jahres eine unterschiedliche Entwicklung genommen: Von Hogesa hört man kaum noch etwas, von Pegida dafür umso mehr. Der Ursprung ist aber derselbe.

Bei der Elbe-Flut im Frühsommer 2013 wurde über Facebook ein Fluthilfezentrum im Stadion von Dynamo Dresden organisiert. Über diese Initiative haben auch Rechtsextremisten, Hooligans und andere fremdenfeindliche Aktivisten aus West- und Ostdeutschland zueinander gefunden und weitere Ideen entwickelt. Seither sehen sie sich gemeinsam im Einsatz für das, was sie als das "deutsche Volk" ansehen.

Dynamo Dresden und Pegida: Gespaltene Stadt, gespaltener Verein

spiegel, 12.01.2015, Christoph Ruf

Dynamo Dresden plädiert für einen Dialog mit den Pegida-Demonstranten. Anhänger werfen dem Fußball-Drittligisten deswegen "Kumpanei" vor. Tatsächlich geht es dem Klub darum, keine Seite zu verärgern.

Am Montagabend werden wieder Tausende Dresdner auf den Straßen sein, um mit oder gegen Pegida zu demonstrieren. Der Riss wird dabei auch durch die Fanszene des Drittligisten Dynamo Dresden gehen. Von dessen Anhängern traten zuletzt einige bei den Gegendemonstrationen auf. Deutlich mehr allerdings sah man bei den Pegida-Aufmärschen selbst.

"Ein Fußballstadion bildet den Bevölkerungsdurchschnitt ab, das ist bei uns nicht anders", sagt Dynamo-Geschäftsführer Robert Schäfer SPIEGEL ONLINE. Die vielen Dynamo-Schals bei Pegida gefallen ihm allerdings gar nicht: "Wer mit Dynamo-Fanutensilien auf eine Pegida-Demo geht und Mitglied ist, verstößt gegen unsere Satzung. Dafür müssen wir weiter sensibilisieren." Sensibilisieren. Es ist ein vorsichtiges Wort, mit dem Schäfer das Vorgehen gegen die vielfachen Satzungsverstöße beschreibt. Und die Vorsicht passt allgemein gut zum Umgang des Klubs mit dem Pegida-Phänomen. Vereinsausschlüsse will Schäfer jedenfalls nicht aussprechen.

In der vergangenen Woche hat Dynamo zusammen mit anderen Dresdner Vereinen einen Aufruf unterzeichnet, der einen Dialog zwischen Pegida und ihren Gegnern in Gang setzen sollte. In dem kurzen Aufruf grenzen sich die Eislöwen (Eishockey), die Dresden Monarchs (American Football), die Volleyballabteilung des Dresdner SC und der Volleyball Club Dresden im zweiten Satz klar von rechts ab: "Die Dresdner Vereine setzen sich für Akzeptanz und Respekt sowie gegen Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus ein."

Es wird dann aber der Eindruck erweckt, als habe Pegida mit ebendieser Fremdenfeindlichkeit nichts zu tun: "Aus Sicht des Sports ist es wichtig, den berechtigten Interessen der Bürger zuzuhören, ihre Sorgen ernst zu nehmen (...) und in einen offenen und fairen Dialog einzutreten."

Dementsprechend groß ist der Protest in den sozialen Netzwerken, auch Dynamo-Fans sprechen davon, man könne die Formulierung als "Kumpanei" mit Pegida auffassen. Dabei merkt man den Formulierungen eher an, dass die Verfasser vor allem eines nicht wollen: anecken. Nicht bei den Pegida-Gegnern, denen das klare Bekenntnis gegen Rassismus gefallen dürfte. Und nicht bei deren

Unterstützern, die die "berechtigten Interessen" gern zur Kenntnis genommen haben dürften.

"Man muss Dynamo zugestehen, dass er in seinem Einflussbereich engagiert gegen Rassismus vorgeht", sagt Danilo Starosta von der Fachstelle Jugendhilfe - Demokratiewerte gegen Rechtsextremismus des Kulturbüros Sachsen. In der Fankurve, dem K-Block, habe es keine Mobilisierung für Pegida gegeben, weite Teile der Ultra-Szene zeigten sich immun gegen deren Themen. Einen Kritikpunkt am Aufruf hat aber auch Starosta: "Mir fehlt das positive Bekenntnis. Ich bin mir jedenfalls sicher, dass es ohne Zuwanderung um den Dresdner Spitzensport schlechter bestellt wäre."

So sieht es auch Benjamin Kümig, Dresdner Juso und Jugendtrainer beim DSC: "Das Problem ist die Diskrepanz zwischen Vereinsführungen und großen Teilen der Anhängerschaft in solchen Fragen. In Dresden wird penibel drauf geachtet, als 'unpolitisch' zu gelten. Dabei sind Werte wie Respekt, Weltoffenheit und das Einstehen gegen Rassismus Gebote der Menschlichkeit." Die teils heftigen Reaktionen der Anhängerschaft zeigten aber, "dass der Deckmantel des Unpolitischen auch dazu dient, genau diese Gebote abzulehnen".

Dynamo-Geschäftsführer Robert Schäfer hat die Aufregung um den Aufruf registriert: "Bei 18.000 Menschen kann man davon ausgehen, dass da auch Bürger aus der Mitte unserer Gesellschaft dabei sind, mit denen man sich auseinandersetzen sollte, damit sich die Fronten nicht weiter verhärten."

Dass man die Anliegen von Pegida "berechtigt" finde, stimme aber deshalb nicht: "Wir müssen uns als Sportverein politisch neutral verhalten. Aber wir müssen auch unsere Werte hochhalten. Und das bedeutet, sich gegen Fremdenfeindlichkeit und für Vielfalt auszusprechen." Genau das tue man seit Jahren: "Erst im November ist unsere Mannschaft mit dem Schriftzug 'Love Dynamo, hate racism' aufgelaufen."

Hooligans bei Pegida-Märschen: Die Jungs fürs Grobe

spiegel, 13.01.2015, Christoph Ruf

Rentner und Ehepaare dominieren die Bilder der Pegida-Demos, doch auch Hunderte gewaltbereite Hooligans laufen in Dresden mit - einige sogar in offiziellen Funktionen.

Das hier ist die Hooligan-Zone. Während die vielen tausend eher bürgerlichen Pegida-Demonstranten nach und nach bei der Abschlusskundgebung am Skaterpark ankommen, sichern die Jungs fürs Grobe nach hinten ab. Rund um die St. Petersburger Straße, die die Pegida-Kundgebung von der Innenstadt trennt, stehen in mehreren Grüppchen rund 100 Hooligans und blicken Richtung City. Manche erwartungsfroh, die meisten eher gelangweilt: Sie scheinen zu ahnen, dass die Gegendemonstranten sich auch am Ende der Demo nicht allzu nah an die Pegida-Leute herantrauen werden. Sie sind zu wenige. Und sie sind physisch deutlich unterlegen.

Die Hooligans von Dynamo Dresden bilden am Montag die größte Gruppe, auch der BFC Dynamo Berlin ist gut vertreten, während des Demozuges durch die Innenstadt sieht man auch Hools aus vielen anderen Szenen. Gut zwei Drittel von ihnen laufen im Pulk mit, der Rest hat hier eine Mission zu erfüllen - manche davon auch offiziell. Dass die Pegida-Ordner, die mit weißen Armbinden die Ränder der Kundgebung sichern, fast alle aus der Fußballszene sind, ist offensichtlich. Als auf Höhe der "City Herberge" zwei eher schwächliche Jungs mit Ordner-Binde Position beziehen, schaut man zweimal hin. In der Masse der stiernackigen Kampfsportler fallen sie auf.

Mindestens 500 Hooligans dürften am Montagabend in Dresden gewesen sein. Das ist die eine Seite

von Pegida, die ist nicht so gut geeignet für die Außendarstellung. Die mit dem Stiernacken reden deshalb auch nicht mit der Presse. Sie winken höhnisch grinsend ab, wenn da wieder einer mit einem Mikrophon naht oder ein Student zur Teilnahme an einer soziologischen Umfrage auffordert. Die andere Seite von Pegida sind Tausende Rentner und Ehepaare mittleren Alters. Diejenigen, die gemeint sind, als Pegida-Sprecherin Kathrin Oertel ihren Unmut über den Schlagersänger Roland Kaiser vom Rednerpult herunterruft und feststellt, dass "auch viele Pegida-Anhänger zu Ihren Konzerten kommen, Herr Kaiser." Sie meint die Alten, die Verunsicherten, die Leute, die sich selbst zur Mitte der Gesellschaft zählen.

So entsteht vor den Fernsehbildschirmen der Eindruck von Pegida, den die Bosse so gerne haben und den sie mit ihrem Schlachtruf "Wir sind das Volk" ausdrücken: Pegida? Das sind lauter gesetzestreue, brave Bürger, die die "berechtigten Anliegen" artikulieren, die ihnen viele sächsische Politiker und Sportfunktionäre so gerne zubilligen. Man dürfe nicht alle als Nazis und Rechtsradikale diffamieren, heißt es.

Jacken mit "Thor Steinar" und "88"

Das stimmt. Aber muss man deswegen verschweigen, dass jeden Montag Hunderte Angehörige verbotener Kameradschaften und andere Neonazis mitmarschieren? Muss man all die "Thor Steinar"-und "Erik and sons"-Jacken verschweigen? Frauen mit der "88" (Heil Hitler) auf der Jacke, die Anhänger von "Elbflorenz", einer in erster Instanz als "kriminelle Vereinigung" verbotenen Dresdner Hooligangruppe?

Wer bei den Kundgebungen zuhört und den Demomarsch mitmacht, hört dann auch Widersprüchliches: Üble rassistische Sprüche, die im demokratischen Spektrum tabu sind. Und Hooligans, die den Gegendemonstranten empört zurufen, dass sie sich von deren Faschismusvorwürfen nicht angesprochen fühlen: "Lest doch mal unser Positionspapier!" Ob das Positionspapier, das unter anderem ein Einwanderungsgesetz fordert, von allen Hooligans gelesen wurde, darf man bezweifeln. Allerdings geht von ihnen an diesem Abend auch keine Gewalt aus. Selbst als ein paar Antifas dem Demozug an einem Bauzaun nahekommen, bleiben die Hooligans relativ ruhig, das war in der Vorwoche noch ganz anders. Die meist sehr jungen Gegendemonstranten sind ihnen heute nur ein abfälliges Lächeln wert. Keine Gegner.

Die Hools kommen bei Pegida dennoch auf ihre Kosten. Es dürfte in ihrem Alltag nicht allzu oft vorkommen, dass sie für ihre Ziele streiten und dennoch zusammen mit Tausenden anderen Menschen "Wir sind das Volk" skandieren können.

Nicht diese Demokratie. Aber welche dann?

faz, 13.01.2015, Jasper von Altenbock

Pegida demonstrierte in Dresden zum zwölften Mal, es kamen mehr Menschen als je zuvor. Die Belehrungen nach dem Terroranschlag gegen „Charlie Hebdo“ waren offenbar wieder einmal Wasser auf ihre Mühlen.

Beim zwölften Pegida-Treffen in Dresden war Lutz Bachmann darauf bedacht, große Erfolge vorzuweisen. Offenbar hatte der Pegida-Initiator unter seinen Anhängern eine gewisse Ungeduld bemerkt, die sich spätestens bei der vergangenen Demonstration bemerkbar gemacht hatte. Denn worauf sollen die Pegida-Demonstrationen eigentlich hinaus laufen? Einfach nur Aufmerksamkeit erregen? Provozieren? Jede Woche mit den immer gleichen Parolen? Und dann?

Zwar waren im Dezember 19 Forderungen gestellt worden, doch niemand von Pegida hat bislang erklärt, ob und wie sie durchgesetzt werden sollten und warum sie teilweise aufgestellt wurden, obwohl sie längst Regierungspolitik sind.

Durch den Terroranschlag in Paris und das Schicksal des Satiremagazins „Charlie Hebdo“ war nun alles noch einmal ganz anders geworden. An eine Absage der „Montagsdemonstration“ hatte Pegida aber nie gedacht – im Gegenteil, wieder einmal waren die Belehrungen durch Politiker aus Berlin und München Wasser auf die Mühlen der Pegida-Redner. Sie konnten genüsslich darauf hinweisen, dass nach dem Terror gegen das Satiremagazin alle Welt für Meinungsfreiheit demonstrierte, nur wenn Pegida das mache, dann sei das eine Sünde. Für Bachmann war das eine willkommene Pointe in seiner Suada auf die „Politikerkaste“. Auf die Vorwürfe, der Terror der Islamisten habe sich gegen ebenjene Presse gerichtet, die auch Pegida ständig verunglimpfe, ging in Dresden niemand ein. Das Wort „Pressefreiheit“ fiel kein einziges Mal.

Einladung an Muslime

Es wurde dafür aber nichts ausgelassen, was die Seriosität von Pegida unter Beweis stellen könnte. Der Abend begann mit einer Schweigeminute für die Opfer des Terrors in Paris, das „Lügenpresse“-Gebrüll unterblieb. Kamen dennoch Rufe, wurden sie von den Einpeitschern nicht aufgenommen – allenfalls wurde „Wir sind das Volk“ skandiert, das war es aber auch schon. Bachmann richtete seine Rede gegen „jegliche Form von islamischem oder christlichem Fundamentalismus“, forderte zu Toleranz auf und lud die integrationswilligen und „herzlichen“ Muslime in Deutschland dazu ein, künftig an Pegida-Demonstrationen teilzunehmen.

Nur aus dem abschließenden pietätvollen Schweigemarsch wurde nichts. Als der „Spaziergang“ an Gegendemonstranten vorbeizog, die von Polizisten davon abgehalten wurden, den Zug zu stoppen, kam es zu Pöbeleien (von beiden Seiten, wobei auf Pegida-Seite ein gewisser vulgärer Erfahrungsschatz aus dem Fußballstadion nicht zu überhören war).

Bachmann stellte sechs neue Forderungen auf, die allerdings zum guten Teil den 19 alten entnommen sind: Deutschland brauche ein Einwanderungsgesetz, um die „quantitative“ Einwanderung zu stoppen und nur noch „qualitative“ Einwanderung zuzulassen. Dschihadisten dürften nicht wieder einreisen. Es müsse eine Pflicht zur Integration ins Grundgesetz aufgenommen werden. Formen direkter Demokratie müssten eingeführt werden. Russland müsse in Frieden gelassen werden. Und es müsse mehr für die innere Sicherheit getan werden. Wie diese Forderungen durchgesetzt werden sollen, sagte Bachmann nicht.

Bestimmt Pegida, wer „das Volk“ ist?

„Wir werden nicht ruhen, bis die Interessen des Volkes im Bundestag wieder zur Geltung kommen“, sagte Bachmanns Ko-Rednerin Kathrin Oertel – als hätten die Interessen, die jetzt im Bundestag zur Geltung kommen, nichts mit dem Volk zu tun. Auch Oertel – auf einen Gastredner verzichtete man dieses Mal – sagte nicht, wie sie es erreichen will, dass die Forderungen Pegidas durchgesetzt werden sollen – und zwar „sofort!“, wie sie rief. Sie führte auch nicht weiter aus, wie sie sich das mit dem Bundestag denkt.

Bestimmt künftig Pegida jeden Montag, wer „das Volk“ ist, was es will und was es soll, jenseits aller Wahlen? Muss in einer Pegida-Demokratie erst gar nicht gewählt werden? Denn auch daran hielten sie und Bachmann fest, ohne dass man wüsste, was es zu bedeuten hat: „Diese“ Demokratie wollen sie nicht länger haben. Aber welche dann?

Und wie ist das nun mit den Erfolgen? „Dresden zeigt’s, wie’s geht“, rief Bachmann mehrere Male

und bezeichnete es als den größten Erfolg, dass Pegida die politische Diskussion in Deutschland beherrsche, ja, man könne fast schon sagen, in der ganzen Welt! „Nopegida“ scheint aber mindestens ebenso viel von sich reden zu machen, und das Volk, das es repräsentiert, so sah es in den vergangenen Tagen jedenfalls aus, scheint nicht unerheblich größer zu sein als das Pegida-Volk.

Den größten Erfolg vermeldete Bachmann deshalb nach dem „Spaziergang“ einmal rund um das Altmarkt-Viertel, als er die Zahl der Teilnehmer mit 40.000 angab. Das war nicht die offizielle Zahl und wohl etwas hochgegriffen. Doch selbst wenn es nur 30.000 gewesen sein sollten, wären es rund doppelt so viele gewesen wie bei den vergangenen Demonstrationen.

Anti-Anti-Islam-Demos: 100.000 Menschen demonstrieren gegen Pegida

spiegel, 13.01.2015, mka/vet/dpa/AFP

Der Widerstand gegen Pegida und Co. wird immer größer. Bundesweit gingen rund 100.000 Menschen auf die Straße, um gegen die islamfeindliche Bewegung zu demonstrieren.

Vor Kundgebungen des Anti-Islam-Bündnisses Pegida und seiner Ableger haben sich Zehntausende Gegendemonstranten in ganz Deutschland versammelt. Die größten Anti-Pegida-Kundgebungen gab es am Montagabend in Leipzig, München und Hannover. Bundesweit nahmen etwa 100.000 Menschen an den Gegendemonstrationen teil.

In Leipzig protestierten am Montagnachmittag nach Angaben des Stadtsprechers rund 30.000 Menschen gegen den ersten Aufmarsch von Legida. Mit ihren Sprechchören übertönten sie die mehreren hundert Legida-Anhänger. Der Aufmarsch des islamfeindlichen Bündnisses wurde laut Polizei so massiv von Gegendemonstranten blockiert, dass er zunächst nicht starten konnte. In Dresden folgten dem Aufruf des Bündnisses "Dresden Nazifrei" etwa 7000 Menschen. Dort hatte Pegida für den Abend zu einem Trauermarsch für die Opfer des islamistischen Terrors von Paris aufgerufen.

In Berlin versammelten sich nach Polizeiangaben rund 4000 Menschen, um gegen die Islamfeinde zu protestieren. Die rund 400 Anhänger des Pegida-Ablegers Bärigida wurden von den Sprechchören und dem Pfeifkonzert der Gegendemonstranten übertönt. Ihr Demonstrationzug kehrte nach rund 500 Metern wegen einer drohenden Blockade wieder zum Ausgangsort am Brandenburger Tor zurück.

Zu einem Großaufgebot an Gegendemonstranten kam es in München: Allein in der bayerischen Landeshauptstadt beteiligten sich 20.000 Menschen an einer Demonstration unter dem Motto "München ist bunt". "Wir stehen auf gegen jede Form von Rassismus, Antisemitismus und rechter Gewalt", sagte der Münchner Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD) bei der Kundgebung.

In der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover folgten rund 17.000 Menschen einem Aufruf zu einer Demonstration gegen Pegida. Der Aufzug des örtlichen Pegida-Bündnisses mit rund 150 Teilnehmern wurde nach nur einer Stunde beendet. Proteste linker Gruppen verhinderten, dass die Demonstranten die geplante Route nehmen konnten.

Etwa 9000 Menschen gingen aus Protest gegen Pegida in Saarbrücken auf die Straße, darunter das gesamte saarländische Kabinett. Anlass war der erste Aufruf von Saargida, dem saarländischen Pegida-Ableger, an dessen Aufzug sich nach Polizeiangaben lediglich 200 bis 300 Menschen beteiligten.

In Hamburg demonstrierten laut Polizei rund 4000 Menschen gegen Terror, Rassismus und Ausgrenzung. Teilnehmer waren unter anderen Integrationsstaatsministerin Aydan Özoguz und Bürgermeister Olaf Scholz (beide SPD).

Etwa 5000 Menschen demonstrierten in Düsseldorf gegen Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit. Zur Versammlung der islamkritischen Dügida kamen nur etwa 350 Teilnehmer. Während der Kundgebung gingen an zahlreichen öffentlichen Gebäuden die Lichter aus.

In Rostock beteiligten sich laut Veranstalter etwa 2000 Menschen an Protestaktionen gegen Pegida. Die geplante Rogida-Demonstration war abgesagt worden.

In Schwerin demonstrierten auf dem Alten Garten vor dem Schloss etwa 1000 Menschen für ein friedliches Miteinander. Zuvor hatten Kirchen der Landeshauptstadt zu Andachten und Friedensgebeten geöffnet. Ähnlich war es in Stralsund, wo rund 450 Menschen gegen Ausgrenzung und für Toleranz auf die Straße gingen.

Rund 1500 Menschen gingen in Mainz auf die Straße. In Landau nahmen etwa 1000 Menschen an einer Kundgebung teil, in Speyer und Trier demonstrierten mehrere hundert Menschen für Demokratie und Pressefreiheit.

Auch in London haben Menschen gegen islamfeindliche Kundgebungen, Rassismus und Faschismus demonstriert. Über ein Megafon bekundeten die Demonstranten Solidarität mit den Kundgebungen gegen die Pegida-Bewegung in Deutschland.

Dresden hat ein Problem

stern, 13.01.2015, Silke Müller

Nicht mal in zehn Jahren kann Dresden den Imageschaden durch Pegida wiedergutmachen. Da hilft auch nicht der gute Ruf der Semperoper. Derweil wird der Ton auf der Straße immer schärfer.

Nach dem Samstag kam also der Montag. Und der zeigte, was los ist in Dresden: Da befindet sich eine Stadt in Aufruhr. Die 35.000 Menschen, die sich am Samstag aufgemacht hatten, um für eine weltoffene und tolerante Stadt zu demonstrieren, wirken schon zwei Tage danach wie eine Fata Morgana. War da was?

Denn am Montag nach den Pariser Terrorakten geschieht das Ungeheuerliche: Mehr als 25.000 Pegida-Anhänger marschieren durch die Stadt, trunken ob ihrer Sogkraft, bestätigt durch die Masse. Ein neuer Rekord. Und eine ungebrochene Tendenz, die allen widerspricht, die glaubten, das Phänomen durch Ignorieren oder Banalisieren aussitzen zu können.

Eine Entwicklung, die sich diametral zur Lage im Rest der Republik verhält. Dort ploppen zwar auch allenthalben neue Pegida-Ortsgruppen hoch, der Widerstand gegen sie ist jedoch überwältigend: Allein in Sachsens zweiter Metropole Leipzig machten 30.000 Gegner klar, dass "Legida" in der Stadt unerwünscht ist.

Auch in Dresden zeigte sich der Widerstand diesmal selbstbewusster. Immerhin 8700 Menschen, ebenfalls ein Rekord bei diesen Montags-Umzügen, stemmten sich gegen die rassistische und nationalistische Bewegung.

Gestern schrammten die Gegner knapp aneinander vorbei. Doch wer die Entwicklung verfolgt,

spürt, dass die Stimmung sich verschärft, dass es den Pegida-Organisatoren und der Polizei nur noch mit großer Mühe gelingt, Konfrontationen zu verhindern.

Dresden hat ein Problem: Die bürgerliche Mitte, die sich an einem Samstag mit Kindern, Nachbarn und Freunden auf den Neumarkt stellt, ist hier nicht repräsentiert. Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) gelingt es nicht, eine Haltung zu Pegida zu formulieren - und verliert immer mehr konservatives Publikum an die rechte Propaganda. Und Dresdens Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU), gesundheitlich angeschlagen und in den letzten Tagen ihrer Amtszeit auch emotional angefasst, kann den ratlosen Bürgern nichts mehr anbieten.

Die AfD versucht, aus dieser Gemengelage Profit zu schlagen. Sind die am Montag von Pegida-Gründer Lutz Bachmann verlesenen sechs Punkte ein erster Schritt der gegenseitigen Annäherung? Erstmals formuliert die mittlerweile als Verein eingetragene Gruppe konkrete politische Forderungen - vom Wiedereinreiseverbot für islamistische Fanatiker über ein Einwanderungsgesetz bis hin zur Einführung der Direkten Demokratie in Deutschland. So positioniert sich Pegida für die AfD als Verhandlungspartner.

Im Sinne eines demokratischen Prozesses könnte dies Ordnung in die derzeit wirren Verhältnisse bringen. Denn Parteien stellen sich zur Wahl. Doch ob die von Rechtsradikalen und Anti-Demokraten getragene Bewegung sich auf einen einheitlichen Nenner bringen lässt, darf bezweifelt werden. Zu stark ist das obstinate Potential, das konstruktive Absätze per se unmöglich macht. Das sich nur in Wut und Gebrüll Luft machen kann.

Genau so wird Dresden mittlerweile auch international betrachtet. Fernsehteams unter anderem aus Russland, Frankreich und Großbritannien begleiteten gestern den Marsch, und auch Pegida schwillt die Brust angesichts der internationalen Aufmerksamkeit.

Diesen Image-Schaden können Festspiele, Semperoper und Weltkulturerbe in zehn Jahren nicht wieder gut machen. Dresden, seine Bürger, Vereine, Schulen, Universitäten, Kirchen und politischen Einrichtungen stehen vor einer großen Aufgabe. Es gilt, die einst erkämpfte und junge, sorgsam zu pflegende Demokratie auf der Basis des Grundgesetzes mit Intelligenz, Würde und Entschlossenheit zu verteidigen. Gegen alle, die meinen, "das System" bekämpfen zu müssen, das ihnen genau diese Freiheit erst ermöglicht hat.

Zehntausende demonstrieren "für eine bunte Welt"

deutschlandfunk, 13.01.2015, tzi/tj

Von Rostock bis München sind erneut Zehntausende Menschen für ein friedliches Miteinander der Religionen auf die Straßen gegangen. Die Demonstranten trugen Plakate mit Aufschriften wie "Vielfalt und Toleranz". Die Anti-Islam-Bewegung Pegida konnte nur in Dresden eine größere Zahl von Anhängern mobilisieren.

In mehreren deutschen Städten haben sich Zehntausende Demonstranten versammelt, um gegen das Anti-Islam-Bündnis Pegida zu protestieren. 30.000 Menschen gingen in Leipzig gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus auf die Straße.

In Dresden folgten dem Aufruf des Bündnisses "Dresden Nazifrei" zunächst einige hundert Menschen. Nach Polizeiangaben versammelten sich auch 25.000 Pegida-Anhänger - so viele wie bei keiner anderen Kundgebung zuvor. Die islamkritische Gruppierung hatte in Dresden für den

Abend zu einem Trauermarsch für die Opfer des islamistischen Terrors von Paris aufgerufen. Die Organisatoren in der sächsischen Landeshauptstadt forderten die Teilnehmer auf, mit Trauerflor zu erscheinen. Viele Politiker und Verbände reagierten darauf mit Empörung. Sie bemängeln, dass Islamkritiker aus den Attentaten Kapital schlagen und Anteilnahme heucheln.

Gegenwind für Berliner Pegida-Ableger

Auch in Berlin bekam der Pegida-Ableger "Bärgida" Gegenwind auf den Straßen zu spüren. Nach Angaben von rbb-Reportern zogen gut 4.000 Demonstranten vom Kanzleramt zum Roten Rathaus. Zu der Demonstration hatten alle im Berliner Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien gemeinsam aufgerufen.

In Hannover gingen 17.000 Menschen auf die Straße. Unter dem Motto "Licht aus für Rassisten" schalteten zahlreiche Geschäfte und Institutionen ihre Außenbeleuchtung entlang der Straßen in der Innenstadt ab, durch die die Pegida-Anhänger laufen wollen.

20.000 Pegida-Gegner in München

In München beteiligten sich 20.000 Menschen an einer Demonstration unter dem Motto "München ist bunt". "Wir stehen auf gegen jede Form von Rassismus, Antisemitismus und rechter Gewalt", sagte der Münchner Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD) bei der Kundgebung.

In Düsseldorf gab es ebenfalls sowohl Pegida-Aktionen als auch Gegendemonstrationen. 4.000 Menschen protestierten dort gegen Pegida. Am Abend entschied das Verwaltungsgericht Münster, dass die Rathausbeleuchtung während einer Kundgebung der islamkritischen "Dügida" aus Protest ausgeschaltet werden darf. In der Vorinstanz hatten die Richter die von Düsseldorf's Oberbürgermeister Thomas Geisel geplante Licht-aus-Aktion noch untersagt, weil er als Amtsträger zur Neutralität verpflichtet sei. Der Rathauschef hatte allerdings angekündigt, er werde sich notfalls über das Urteil der Richter hinwegsetzen - das Licht bliebe auf jeden Fall aus. Entlang des Rheins sollen zahlreiche markante Gebäude aus Protest gegen "Dügida" dunkel bleiben.

Politiker wenden sich gegen Pegida

Auch zahlreiche deutsche Politiker wenden sich in aller Deutlichkeit gegen Pegida. Dass ausgerechnet die Pegida-Bewegung, die regelmäßig Zeitungen als "Lügenpresse" beschimpfe, jetzt die Karikaturisten von "Charlie Hebdo" ehren wolle, sei geradezu abenteuerlich, sagte der Grünen-Vorsitzende Cem Özdemir. Bundesjustizminister Heiko Maas griff die Sympathisanten der Bewegung im Deutschlandfunk scharf an: "Wenn die gleichen Leute, die vor einer Woche über die 'Lügenpresse' schimpfen, jetzt mit Trauerflor zur Verteidigung der Pressefreiheit demonstrieren, ist das an Heuchelei nicht zu überbieten." Und er forderte: "Bleibt besser zu Hause."

Macht doch eiern Dreck alleene!

faz, 13.01.2015, Stefan Locke

Dresden ist tief gespalten. Bisher gelang es Pegida nur hier, die Massen auf die Straße zu bringen. Doch Sachsens Hauptstadt ist nicht erst seit heute auch ein Hort der Extreme.

Dass Dresden mal in einem Atemzug mit Paris genannt wird, darüber wären in normalen Zeiten die Einwohner der sächsischen Landeshauptstadt völlig aus dem Barockhäuschen gewesen. Seit sich

am Sonntag französische Karikaturisten, Freunde und Kollegen der ermordeten Redakteure der Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“, direkt an die Dresdner wandten, ist die Lage eine andere. Dresden und Paris seien nun symbolische Städte im Kampf gegen neue Mauern und die Herrschaft der Angst, heißt es in ihrem Aufruf, Pegida nicht länger zu folgen. Trotzdem versammelten sich am Montag nach Angaben der Polizei sogar 25.000 Pegida-Demonstranten in Dresden, vor einer Woche waren es 18.000 gewesen.

Am Samstag hatte die Stadt einen ersten Versuch gewagt, und als es dann da war, das „andere Bild“ von Dresden, das sich angeblich so viele schon so lange gewünscht haben, da war auch Erleichterung zu spüren. 35.000 Menschen, fast doppelt so viele, wie bis dahin zu Pegida kamen, hatten sich zu einer weltoffenen Kundgebung versammelt. Seit Wochen schon mühen sich zivilgesellschaftliche Initiativen, Pegida etwas entgegenzusetzen - bisher mit mäßigem Erfolg. Augenscheinlich aber bedurfte es erst des Aufrufs der Dresdner Oberbürgermeisterin und des sächsischen Ministerpräsidenten, damit ein nennenswerter Teil der Einwohner nicht länger stumm blieb. „Schön, dass ihr auch schon da seid“, hieß es deshalb auf einem Plakat inmitten der Menge. Es zielte freilich auch auf die Landesregierung, die sich lange nicht zu Pegida positioniert hatte.

Dresden ist seit Jahrhunderten Regierungssitz, die Stadt über Zeiten und Systeme hinweg eher obrigkeitstreu. Der Sachsen-Dreiklang, wonach in Chemnitz gearbeitet, in Leipzig gehandelt und in Dresden gepresst wird, gilt bis heute. Wenn in Dresden gearbeitet wird, dann meist für die oder im Auftrag der Regierung. Sowie in dem Wissen, etwas wirklich Bedeutsames in der schönsten Stadt des Universums zu tun.

Schon ihren Königen verziehen die Dresdner so gut wie alles. Kurfürst August I., genannt der Starke, plünderte Ende des 17. Jahrhunderts die Staatskasse, um sich die Gunst des polnischen Adels zu erkaufen, mit dessen Hilfe er König von Polen wurde. Als er deshalb 1697 - zunächst heimlich - auch noch zum Katholizismus konvertierte, akzeptierten die mehrheitlich protestantischen Dresdner die religiöse Rochade. Man stelle sich vor, August hätte ins Morgenland investiert, wäre zum Islam übergetreten und hätte als Zeichen seines ehrlichen Willens statt der katholischen Hofkirche eine Moschee mit Minarett im Dresdner Zentrum errichten lassen. Sie würde heute zweifellos als überragendes Zeugnis seiner Herrschaft gepriesen.

Als sich Sachsens Regenten im 18. Jahrhundert zuverlässig falsch verbündeten, ertrugen die Dresdner, wie ihre Stadt mehrfach von Preußen erobert, besetzt und niedergebrannt wurde. Später war man zunächst für und anschließend gegen Napoleon, was beide Male schiefging. Auf dem Wiener Kongress wurde Sachsen um gut die Hälfte seines Territoriums erleichtert und blühte fortan auf. Mit den ärmlichen Nordprovinzen hatte sich nun Preußen herumzuschlagen, und spätestens mit Ende des 19. Jahrhunderts war Dresden Hauptstadt eines der wohlhabendsten Länder des Deutschen Reichs.

Ein Schock, der bei manchem in der Stadt bis heute nachzuwirken scheint, war deshalb die Abdankung des Königs 1918. Er selbst - „Macht doch eiern Dreck alleine!“, soll er nach seiner Abdankung gesagt haben - verkräftete den Umsturz bekanntlich besser als sein Volk, das nun in der Hoffnung, machttechnisch nicht völlig falsch zu liegen, auf die Sozialdemokraten setzte. Vielleicht lag es auch daran, dass diese die Republik in einem Dresdner Zirkus ausriefen; jedenfalls gehörten fast alle sächsischen Ministerpräsidenten in der Weimarer Republik der SPD an. Im gemütlichen Dresden - der Begriff Kaffeesachse kommt ja auch von hier - blühten auf einmal moderner Tanz und expressionistische Malerei; bis 1933 wuchs die Stadt mit knapp 650.000 Einwohnern zur fünftgrößten Metropole Deutschlands heran.

Im sogenannten roten Sachsen musste sich selbst die NSDAP in regulären Wahlen stets der SPD geschlagen geben, so manche Dresdner allerdings wussten schnell, was die „neue Zeit“ verlangte.

Noch vor Berlin brannten hier im März 1933 die ersten Bücher, und im September eröffnete in der Stadt die reichsweit erste der späteren Ausstellungen über „entartete Kunst“. Die Dresdner Mehrheit schwieg. Ausgerechnet aufgrund ihrer Kunst- und Kulturschätze glaubten viele Einwohner, ihre Stadt werde von den Bombern verschont; elf Wochen vor Kriegsende legten diese dann Dresden in Schutt und Asche.

Der Untergang ist bis heute nicht bewältigt, auch weil schon im Frühjahr 1945 auch in Dresden so gut wie niemand ein Nazi gewesen war, wie der Dresdner Romanist Victor Klemperer in seinen Tagebüchern irritiert notierte. Dem Sozialismus freilich schloss man sich zunächst nur widerwillig an und erst, als er sich als bleibend erwies, mit murrender Zustimmung. Was vor allem den Dresdnern fortan fehlte, war ein respektabler Regent, und als solche galten weder der Leipziger (!) Walter Ulbricht noch der Saarländer Erich Honecker. Nicht mal dann, als Letzterer 1985 zur Wiedereröffnung der Semperoper kam und mit seiner Frau in der Königsloge Platz nahm.

Viele verließen Stadt und Land, und wer von den Bürgerlichen blieb, versank in Fritz Löfflers Buch „Das alte Dresden“, mit dem man sich der einstigen Schönheit der Stadt hingeben und von deren altem Personal träumen konnte. An einem Großblock im Zentrum leuchtete die Schrift „Der Sozialismus siegt“, der auf Sächsisch dem Zustand der Stadt nahekam: Der Sozialismus siecht. Erst als zur Vorbereitung der 750-Jahr-Feier Berlins in den achtziger Jahren ein Großteil der Dresdner Bauarbeiter und des Baumaterials abgezogen wurde, gab es Unruhe in der Stadt, deren Einwohner mit der Verbreitung des Slogans „781 Jahre Dresden!“ plötzlich aufmüpfig wurden. Ost-Berlin verkündete dann, das Dresdner Residenzschloss, das als Brandruine in den Himmel ragte, wieder aufzubauen. Doch das half nichts mehr, 1989 hatten 20.000 Dresdner einen Ausreiseantrag gestellt, und als Anfang Oktober die Züge aus der Prager Botschaft über Dresden in den Westen fuhren, wollten viele einfach aufspringen. Als die Volkspolizei den Weg nicht freigab, schmiss die Menge Pflastersteine, griff die Einsatzkräfte an und zerstörte den Hauptbahnhof. Anders als in Leipzig begann die Revolution in Dresden nicht friedlich.

Und anders als in Leipzig wusste man in Dresden bereits zwei Monate später sehr genau, nach wem man sich jetzt zu richten hatte. Am 19. Dezember 1989 sprach Helmut Kohl vor der Ruine der Frauenkirche, und 20.000 Dresdner warfen sich ihm zu Füßen, darunter vor allem jene, die noch zum 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober jubelnd an der Tribüne der SED-Bezirks- und -Parteiführung vorbeigelaufen waren. Statt roter schwenkten sie jetzt Deutschland-Fahnen, statt „Frieden und Sozialismus“ riefen sie nun „Deutschland, einig Vaterland!“

Ein Dreivierteljahr später wurde Kurt Biedenkopf Sachsens Ministerpräsident. Trotz engagierter Abwerbungsversuche Leipzigs erklärte er Dresden zum Regierungssitz, ließ das ehemalige königlich-sächsische Innenministerium zur Staatskanzlei umbauen und die goldene Krone wieder auf das Dach setzen. Die Dresdner schauten verzückt zu „König Kurt“ auf, stellten aber auch fest, dass sich der Regent anders als früher nicht nur um ihre Stadt, sondern um das ganze Land zu kümmern hatte.

Zwar wurde Dresden als Landeshauptstadt großzügig und im Vergleich mit Leipzig äußerst üppig bedacht. Was mit dem Geld gemacht werden sollte, gab im Gegensatz zu früher nun aber kein Regent mehr vor. So wurde bald die tiefe Spaltung der Stadt sichtbar, die im Grunde bis heute anhält: Modernisierer auf der einen und Bewahrer auf der anderen Seite. Der erste Großkonflikt, der die Unversöhnlichkeit zum Vorschein brachte, war die Frage des Wiederaufbaus: Während die einen das 1990 noch spärlich bebaute Zentrum Haus für Haus originalgetreu wiedererrichten wollten, sprachen sich die anderen für ein Dresden als moderne Kunst- und Kulturstadt aus. Bis heute kämpfen beide Lager verbissen, auch mit Begriffen wie „Barockfaschisten“ für Bewahrer und Morddrohungen gegen Modernisierer.

Einen noch tieferen Riss in der Bürgerschaft verursachte der Umgang mit dem 13. Februar. Lange wurde still der Zerstörung der Stadt gedacht und an der Ruine der Frauenkirche Kerzen aufgestellt. Als in den neunziger Jahren Rechtsextremisten „Trauermärsche“ zum Jahrestag anmeldeten, zu denen Neonazis aus ganz Europa anreisten, war es eine Minderheit, die sichtbaren Widerstand leistete. Die Mehrheit schwieg, sie wollte weiter still gedenken, die Ränder schaukelten sich auf, und Dresden gab international ein verheerendes Bild ab. Zivilgesellschaftliche Initiativen wurden lange ignoriert, und erst mit einer von der Oberbürgermeisterin initiierten „Menschenkette“, in die sich eine Mehrheit einreichte, gelang es, den Riss zu kitten.

Allerdings nur notdürftig, wie man nun weiß, denn mit Pegida bricht er wieder auf - diesmal so breit und tief wie wohl noch nie. Dass Pegida in Dresden entstand, mag ein Zufall sein. Dass es hier wächst und gedeiht, ist keiner. Pegida, so viel kann man nach fast drei Monaten sagen, ist eine sehr dresdnerische Angelegenheit und hat wenig mit einer „ostdeutschen Mentalität“ zu tun, mit der ausgerechnet Gregor Gysi jetzt das Phänomen erklärte; ja man kann wohl nicht mal von einer sächsischen Mentalität sprechen. In Chemnitz funktioniert Pegida nicht, und in Leipzig, wo am Montag der Ableger Legida startete, waren schon im Vorfeld die Gegner zahlreicher als die Befürworter.

Dresden sorgt sich um seinen Ruf

n24, 13.01.2015, Jörg Schurig

Dresden steht derzeit im Fokus. Während die islamfeindliche Bewegung bundesweit auf immer mehr Widerstand stößt, bekommt Pegida dort weiter Zulauf. Viele fürchten um den Ruf der Stadt.

Der Kaiser ist in Ungnade gefallen. Ausgerechnet in Dresden wird Schlagersänger Roland Kaiser am Montagabend lautstark ausgepiffen. Sonst jubeln ihm die Massen hier zu, wenn er alljährlich zur Show "Kaisermania" am Elbufer singt, 2014 vor mehr als 40 000 Fans. Am Montagabend haben sich schätzungsweise 25 000 Leute in Dresden versammelt, um sich in die Pegida-Bewegung und ihren Marsch gegen die von ihr behauptete "Islamisierung des Abendlandes" einzureihen. Kaiser hat es gewagt, am Samstag vor gut 35 000 Menschen gegen Pegida Stellung zu beziehen.

Das nehmen ihm die Pegida-Anhänger nun übel. Als die Rede auf ihn kommt, ertönen Pfiffe und Buh-Rufe. Immer wieder war in den vergangenen Tagen die Befürchtung laut geworden, der Ruf Dresdens könnte unter den Pegida-Demonstrationen leiden. Dass das Image der Stadt nach Jahren regelmäßiger Neonazi- Aufzüge am Jahrestag der Zerstörung Dresdens im Zweiten Weltkrieg ohnehin angekratzt sein könnte, darf angenommen werden. Allerdings stellen sich seit Jahren Tausende Menschen den Rechtsextremen in den Weg und haben eine ganze Reihe von Aufmärschen verhindert. Pegida dagegen stieß in der Bürgerschaft anfangs kaum auf Gegenwind. Regelmäßig machen bisher nur die Bündnisse "Dresden für alle" und "Dresden nazifrei" gegen Pegida mobil.

Am Montagabend versucht Pegida-Chef Lutz Bachmann, die Menge zu beschwichtigen. Der Sprechchor "Lügenpresse" - am Dienstag als Unwort des Jahres 2014 verkündet - soll möglichst nicht erschallen. Schließlich will Pegida an diesem Abend auch der französischen Karikaturisten gedenken, die in der Vorwoche in Paris von islamistischen Terroristen ermordet wurden. Bachmann zieht an diesem Abend auch ein Fazit zu Pegida: "Fakt ist: Wir haben viel Staub aufgewirbelt. Fakt ist: Wir haben einen nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung aufgeweckt." "Wir sind weder radikal oder fanatisch", ergänzt Pegida-Sprecherin Kathrin Oertel.

Man sei eine Bürgerbewegung, die ein Recht in Anspruch nehme. Das Recht auf freie

Meinungsäußerung ist ein Hauptthema bei Pegida. Als Oertel fragt, ob es in diesem Land noch existiert, erntet sie ein kollektives Nein. Auch in Gesprächen mit Demonstranten wird klar, dass es tiefes Misstrauen gegenüber Politik und Medien gibt.

Das Image Dresdens sieht keiner gefährdet. Anders als Linke-Chef Rico Gebhardt. Bundesweit würden die Kundgebungen Kopfschütteln und in aller Welt Befremden auslösen: "Es entsteht der Eindruck, dass in dieser Stadt alles Fremde als Bedrohung wahrgenommen wird." Dass Flüchtlinge zu Sündenböcken für reale soziale Probleme gemacht werden, sei eine Herausforderung an die Politik.

Auch der Dresdner CDU-Kreischef Christian Hartmann glaubt, dass Pegida den Ruf der Elbestadt auf Dauer negativ beeinflusst. Hartmann plädiert für einen Dialog mit den Bürgern, eine Demokratie müsse Protestkundgebungen aushalten. Grünen-Fraktionschef Volkmar Zschocke macht sich weniger um eine Rufschädigung Sorgen, sondern um die Sicherheit der hier lebenden Ausländer. Zschocke verweist auf das Schicksal von Marwa El-Sherbini. Die Ägypterin war am 1. Juli 2009 mitten in einem Gerichtsprozess von einem Mann erstochen worden - aus Fremdenhass.

Die Tat löste international Entsetzen aus. Vor allem in Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft sind die Befürchtungen angesichts der Entwicklung groß. "Ein dauerhaftes Image als Neonazi- und Pegida-Hochburg wäre verheerend für Dresden", sagt ein Mediziner, der im Dresdner Universitätsklinikum arbeitet. Frauke Petry, Fraktionschefin der Alternative für Deutschland (AfD) im Landtag, kann Ängste wegen einer Imageschädigung dagegen nicht nachvollziehen: "Warum sollte der Ruf einer Stadt wie Dresden leiden, wenn Bürger von ihrem Grundrecht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit Gebrauch machen?", fragt sie.

Dieter Gühne ist am Montag aus Leisnig angereist und das erste Mal bei Pegida dabei. "Ich will auch meinen Enkeln später in die Augen sehen können und nicht zu denen gehören, die nur reden und meckern." Der 60 Jahre alte Selbstständige ist durch Bücher von Thilo Sarrazin auf das Thema Asyl und Zuwanderung aufmerksam geworden. "Das kann nicht ungebremst so weitergehen." Er kenne niemanden, der anders denke. Nur in der veröffentlichten Meinung finde sich das nicht wieder: "Da ist was faul." Asyl und Humanität seien wichtig. Er sei aber gegen ein Bleiberecht, wenn die Konflikte vorbei seien. Gühne war 1989 bei den Leipziger Montagsdemos dabei. Er hätte nicht gedacht, sagt Gühne, dass er 25 Jahre später wieder auf die Straße gehe.

"Dresden als borniertes und engherziges Provinznest"

tagesspiegel, 13.01.2015, Johannes Lichdi

25.000 Leute demonstrierten am Montag in Dresden für "Pegida" - mehr als je zuvor. Der Grünen-Politiker Johannes Lichdi kritisiert eine Dominanz von "Pegidisten-Verstehern" in der Stadt. Ein Gastkommentar.

Seit drei Monaten demonstrieren Pegidisten in Dresden - und es steht fest, dass es in unserer Stadt eine rechtspopulistische Massenbewegung gibt. Und zwar nur in Dresden, nicht in Leipzig oder Chemnitz, und schon gar nicht in den Großstädten Westdeutschlands. Sie zeigen Dresden, das so gerne eine europäische Kulturmetropole wäre, als borniertes und engherziges Provinznest. Pegida ist eine rechtspopulistische Sammelbewegung des angstbesetzten Egoismus. Menschen laufen mit, die meinen schon immer schlecht behandelt worden und zu kurz gekommen zu sein. "Pegida" behauptet, "patriotisch", ja "europäisch" zu sein und das "Abendland" zu vertreten - und hat doch keine Ahnung von den Werten der Aufklärung oder den Menschenrechten.

Sie behaupten das "christlich-jüdische" Erbe zu verteidigen, und fühlen sich der Gastfreundschaft und Nächstenliebe nicht verpflichtet. Sie wenden sich gegen "Islamisierung" und meinen nur: Wir wollen keine Türken, Araber oder Schwarze. Im Namen des "Volkes" verachten sie die Institutionen der demokratischen Gesellschaft wie Parlamente, Parteien oder Presse.

Unter der schwarz-rot-goldenen Flagge des demokratischen Deutschlands und mit den Symbolen der friedlichen Revolution bewaffnet wollen sie doch nur in ihrer vorgestellten heilen Welt einer deutschen Volksgemeinschaft in Ruhe gelassen werden. Sie wenden sich empört gegen den "Nazi"-Vorwurf, huldigen aber rassistischen Vorurteilen.

Manche Plakate zeigen eine ungeschützte moralische Verrohung ohne Gleichen. Die hilflose Sehnsucht nach einer nie vorhandenen Vergangenheit wird wieder einmal zur aggressiven Zukunftsvision.

Eigentlich haben die Pegidisten die Entwicklung ihrer "Heimat" im vereinigten Deutschland seit 1989 nie verstanden oder akzeptiert: 1990 wollten sie Westwaren, Reisefreiheit und die nationale Einheit. Weil ihnen der Beitritt die Verwirrungen offener Gesellschaften eingebracht hat, in der die vorgesetzten Autoritäten zerfallen sind und jeder seinen eigenen Weg suchen muss, fühlen sie sich belogen und betrogen. Alles "undeutsche", was in ihre heile Welt nicht passt, wird zur Ursache ihres eingebildeten Elends.

Warum gerade Dresden?

Aber warum gerade Dresden? Eben das Dresden, das jahrelang dem größten Naziaufmarsch Europas zusah? Das Dresden, das lieber eine Brücke baute, als Welterbe zu bleiben? Und auch das Dresden, in dem eine Staatsanwaltschaft Videos manipuliert, um politisch erwünschte Verurteilungen hinzubiegen? Vielleicht findet die rechtspopulistische Massenbewegung gerade in Dresden ihren Ort, weil die sächsische Landeshauptstadt schon immer die notwendige Klarheit gescheut hat. Die Oberbürgermeisterin und der Ministerpräsident haben die Pegidisten zur Großdemonstration am vergangenen Samstag ja ausdrücklich eingeladen. Pegidisten-Versteher beherrschen rundum das mediale Feld.

Sie sorgen sich mehr über eine Ausgrenzung der Pegidisten als deren Angriff auf die weltoffene demokratische Gesellschaft oder gar das Schicksal der Flüchtlinge in Dresden. Sie stehen in der Tradition einer autoritären und fremdenfeindlichen gesellschaftlichen Stimmungslage, auf die die CDU seit 1990 ihre Herrschaft baut.

Zu viel Verständnis und zu wenig Klarheit

Zuviel Verständnis und zuwenig Klarheit! Pegida ist eine geschichtsvergessene Bewegung, die sich gegen das weltzugewandte, hilfsbereite, sympathische Deutschland richtet. Sie greift den zivilisatorischen Kern unserer Gesellschaft an. Das müssen wir verstehen und danach handeln. Noch nie waren die Gegendemonstrationen der Bündnisse "Dresden nazifrei" und "Dresden für alle" so regelmäßig und groß. Sie zeigen ein besseres Dresden und machen Mut. Die Mobilisierung wächst zum Glück, aber sie wird angesichts der Pegidamassen in- und außerhalb Dresdens nicht wahrgenommen. Sie wird nur weiter wachsen können, wenn alle Demokratinnen und Demokraten verstehen, was die Stunde geschlagen hat. Es geht um nichts weniger als das humane und demokratische Gleichgewicht unserer Gesellschaft.

Anti-Islam-Bewegung Pegida: Irgendwann sind die Sohlen durch

spiegel, 13.01.2015, Ferdinand Otto und Fabian Reinbold

Immer nur im Kreis spazieren? Noch erlebt Pegida Zulauf, doch die Protestfolkloristen von Dresden haben sich längst in der Schmollecke eingerichtet. Die Macher suchen ein neues Ziel - und einen Ersatz für Roland Kaiser.

Bei der 12. Auflage der Pegida-Demonstration wurde ein weiterer Feind der besorgten Bürger enttarnt. Organisatorin Kathrin Oertel wartete bis zum Schluss ihrer Rede, bis sie den versammelten Anhängern verriet, "was sie ganz persönlich enttäuscht hat". "Lieber Herr Roland Kaiser", holte Oertel Luft, "ich war ein sehr großer Fan von Ihnen."

Der Schlagersänger ("Manchmal möchte ich schon mit Dir") hatte am Samstag mit 35.000 Dresdenern für Toleranz und Demokratie demonstriert - und damit auch gegen Pegida. Das machte Kaiser zum Feindbild Nummer vier neben Islamisten, Politikern, Systempresse. Er kassierte am Montagabend in Dresden die lautesten Buhrufe. Viele Demonstranten beklagten sich über Kaiser, und Oertel rief ihm in Abwesenheit zu: "Sie verkaufen sich an die Politikerkaste."

Pegida, die Demo der selbsternannten "Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes", drehte sich wieder einmal ganz um die eigene Opferrolle. Daran änderte der Terroranschlag von Paris ebenso wenig wie die Islam-Äußerung der Kanzlerin. Doch bei Oertels abgelesener Roland-Kaiser-Fatwa stöhnten auch einige im Publikum ungeduldig auf. Wie geht es weiter mit Pegida? Kann man mit dem Lamento über einen Schnulzenkönig Politik machen?

Der Aufstieg von Pegida hat Freund und Feind beeindruckt. Binnen vier Monaten wurde aus einem Grüppchen von 150 Islamismus-Gegnern eine Massenbewegung. Am Montag kamen 25.000 Menschen, ein neuer Rekord. Sie skandierten wie jede Woche "Wir sind das Volk" und "Lügenpresse", hielten wie immer Schilder gegen Islam und Kanzlerin hoch, liefen im Kreis durch die Innenstadt. Es ist mittlerweile Dresdener Protestfolklore. Eine neue Idee oder ein konkretes Ziel ist auch mit gutem Willen nicht auszumachen. Endlich zeigt man es mal denen da oben, den meisten reicht das.

Organisator Lutz Bachmann zog schon einmal ein Resümee. Man habe erreicht, dass über Themen, über die angeblich 50 Jahre geschwiegen worden sei, wieder geredet werde. Und man sei in der Neujahrsansprache der Kanzlerin gelandet, johlender Applaus. Tja, und nun?

Die Frage treibt auch die Organisatoren um. Sie haben einen Verein gegründet, um Spenden zu sammeln. Da ist René Jahn, der seit Tagen sagt, man könne sich nicht "zu Tode spazieren". Im nächsten Jahr könne man jedenfalls nicht mehr jeden Montag durch Dresden laufen.

Oertel, neben Jahn und Bachmann das dritte Gesicht von Pegida, gab erst einmal noch die Durchhalteparole aus: "Wir kommen jeden Montag, bis wir wieder im Bundestag würdig vertreten werden." Dieser Fall dürfte - wenn überhaupt - erst 2017 eintreten, sollte die AfD ins Parlament einziehen. Sachsen selbst hat aber erst im letzten Herbst gewählt. Und bei der anstehenden Oberbürgermeisterwahl in Dresden wolle Pegida niemanden ins Rennen schicken, heißt es bislang.

Es bleibt vorerst dabei: In der Logik von Pegida muss "die Politik" irgendwie auf "das Volk" zugehen.

Und so versuchen sie, der diffusen Ablehnung von "denen da oben" etwas Konkretes hinzuzufügen. Das Positionspapier von Pegida aus 19 Punkten, das die Medien laut Bachmann selbstverständlich ignorieren, haben sie nun in sechs Kernpunkte umgewandelt. Es geht um ein neues Einwanderungsgesetz nach dem Vorbild Kanadas oder der Schweiz, ein "Recht auf und eine Pflicht

zur Integration", die im Grundgesetz stehen solle. Man wolle die schnelle Ausweisung von Islamisten, Volksentscheide, mehr Geld für die innere Sicherheit und nun auch ein "Ende der Kriegstreiberei gegenüber Russland".

"Ich glaube, wir sprechen euch damit aus dem Herzen", fasste Bachmann die Willensbildung des Volkes zusammen. Berlin müsse das jetzt umsetzen, das wäre "ein Zeichen der Politik an das Volk". Dass es für Pegida vorangeht, wollte der Schlussredner auf der Demo mit einer ausgiebigen Aufzählung aller Pegida-Ableger von Baden-Württemberg bis London belegen. Die Teilnehmerzahlen, bis auf Dresden und Leipzig bislang kaum einer Rede wert, erwähnte er nicht.

Dafür skizzierte der Mann noch einen "kleinen Anfang für ein kleines Europaprogramm". Als er dabei einmal konkreter wurde und als Ziel von etwas wie den "Vereinigten Staaten von Europa" sprach, klatschte allerdings kaum einer der versammelten "Patriotischen Europäer".

Wer und wie viele kommen wirklich zur Pegida-Demo?

neues-deutschland, 13.01.2015, epd/nd

Zweifel an Zahlen von Polizei und rechter Bewegung / Berliner Soziologe erforscht Hintergründe zur islamfeindlichen Bewegung

Der Berliner Soziologe Dieter Rucht will dem Phänomen »Pegida« wissenschaftlich auf den Grund gehen. Dafür habe er 35 Studenten und wissenschaftliche Mitarbeiter von Berliner Universitäten und der Technischen Universität Chemnitz gewonnen, berichten die »Dresdner Neuesten Nachrichten«. Rucht gilt als ein führender Experte im Bereich der Protest- und Bewegungsforschung.

Sein Team zählte dem Bericht zufolge am Montag in Dresden deutlich weniger Teilnehmer bei der islamfeindlichen »Pegida«-Demonstration als die Polizei angab. Demnach hätten rund 18.400 Menschen an der Veranstaltung in der sächsischen Landeshauptstadt teilgenommen. Die Polizei sprach von mehr als 25.000 Teilnehmern, die »Pegida«-Organisationen selbst gar von rund 40.000 Anhängern.

Kritik an den offiziell verbreiteten gab es in den vergangenen Wochen immer wieder. So weist Bündnis »Dresden Nazifrei« immer wieder darauf hin, dass die von der Polizei genannten Zahlen wohl zu hoch angesetzt sind. Der Berliner Statistiker Felix Herzog versucht es dagegen mit simpler Mathematik, wie eine Skizze jener Wiese in der Dresdner Innenstadt zeigt, auf der sich die Pegida-Bewegung versammelt.

Die Darstellung beruht auf der von den Medien am häufigsten verbreiteten Teilnehmerzahlen der Pegida-Demo vom 5. Januar. Herzog hält es für unrealistisch, dass sich auf dem gezeigten Areal mit einer Größe von etwa 8000 Quadratmetern rund 18000 Menschen aufhielten. Näher an die Wahrheit kommt auch die vom Mitteldeutschen Rundfunk geschätzte Zahl von etwa 10000 Pegida-Demonstranten.

Dem Soziologen Rucht geht es bei seiner Arbeit wiederum um mehr, als die Zahl der Teilnehmer. Die wissenschaftlichen Erhebungen seien »unglaublich wichtig«, sagte Rucht der Zeitung. Bisher gebe es nur Studien zum Thema, die einen Blick auf die Gesamtbevölkerung werfen. Über die »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« (Pegida) an sich läge noch nichts vor. Das Forscherteam befragt Demonstranten etwa nach generellen Einstellungen zu

Ausländern, die Haltung zu den USA, das Vertrauen in die Demokratie und nach demografischen Angaben.

Notiert würden auch Publikumsreaktionen sowie Inhalte der Reden und von Flugblättern. Zudem werde der Umgang mit der Polizei beobachtet, hieß es. Die Erhebung werde erschwert, weil viele der Demonstranten nicht reden wollen. Es gebe aber auch einige Teilnehmer, die »froh sind, endlich einmal ihre Meinung äußern zu dürfen«, hieß es.

Pegida empfängt Unterhändler von Jauch

ntv, 13.01.2015, hvo

Vor einem Monat weigerten sich die Pegida-Organisatoren, in der Talkshow von Günther Jauch aufzutreten. Jetzt sind sie offenbar dabei, ihr Verhältnis zu den Medien neu zu sortieren.

Die Organisatoren der Pegida-Demonstrationen in Dresden erwägen einen Auftritt in der ARD-Talkshow von Günther Jauch. In einer Pressemitteilung der Gruppe heißt es: "Pegida empfängt morgen in Dresden einen Redakteur der ARD-Sendung 'Günther Jauch', um Möglichkeiten der Teilnahme an einer sonntäglichen Talkshow auszuloten."

Mitte Dezember war das Phänomen "Pegida" bereits Thema in der Sendung. Jauch sagte damals, die Wortführer der Demonstrationen hätten nicht in die Talkshow kommen wollen. Auf Pegida-Demonstrationen wird regelmäßig "Lügenpresse" skandiert; anfangs gaben die Mitglieder des sogenannten Orga-Teams nur schriftliche Interviews.

Mittlerweile geben Lutz Bachmann und seine Kollegin Kathrin Oertel gelegentlich Interviews. Spannungsfrei ist ihr Verhältnis zur Presse allerdings nicht. Die BBC-Journalistin Catrin Nye twitterte am Dienstag, Bachmann habe sie "aus einem Interview geschmissen". Offenbar hätten ihm ihre Fragen nicht gefallen.

Pegida-Anhänger sind männlich und gut gebildet

zeit, 14.01.2015, afp,tis

Die Pegida-Anhänger treibt laut einer Studie vor allem die generelle Unzufriedenheit mit der Politik auf die Straße. Der typische Demonstrant komme aus der Mittelschicht.

Der "typische" Demonstrant bei den Pegida-Protesten kommt einer Studie zufolge aus der Mittelschicht, ist gut ausgebildet, berufstätig und kommt aus Dresden oder Sachsen. Er verfüge zudem über ein für sächsische Verhältnisse leicht überdurchschnittliches Nettoeinkommen, sei 48 Jahre alt und männlich, ergab eine von der TU Dresden veröffentlichte Untersuchung. Der typische Pegida-Demonstrant gehört demnach keiner Konfession an und weist keine Parteiverbundenheit auf.

Das Team um den Politikwissenschaftler Hans Vorländer hatte für die Studie den Angaben zufolge bei drei Demonstrationen im Dezember und Januar rund 400 Teilnehmer befragt. Dabei lehnten rund zwei Drittel (65 Prozent) der ursprünglich angesprochenen Menschen eine Befragung ab.

Das Hauptmotiv für die Teilnahme an Pegida-Demonstrationen ist der Studie zufolge eine generelle "Unzufriedenheit mit der Politik". An zweiter Stelle nannten die Befragten die Kritik an Medien und Öffentlichkeit. Danach folgten grundlegende Ressentiments gegenüber Zuwanderern und Asylbewerbern. Dabei seien Vorbehalte gegen Muslime beziehungsweise den Islam besonders ausgeprägt.

Ressentiments gegen meinungsbildende Elite

"Auch wenn sich Pegida dem Namen nach gegen die Islamisierung des Abendlandes wendet, sind die Kundgebungen für die Mehrheit der Teilnehmer in erster Linie eine Möglichkeit, tief empfundene, bisher nicht öffentlich artikuliertete Ressentiments gegenüber politischer und meinungsbildender Elite zum Ausdruck zu bringen", teilten die Wissenschaftler mit. Die Gegenüberstellung von "Die da oben" und "Wir hier unten" in Kombination mit fremdenfeindlichen Einstellungen werde "traditionell zum rhetorischen Arsenal rechtspopulistischer Strömungen gerechnet".

An den Protesten der Anti-Islam-Bewegung Pegida nehmen seit Wochen in Dresden mehrere Tausend Menschen teil. Am Montagabend waren 25.000 Menschen dem Aufruf der Gruppierung gefolgt – so viele wie noch nie zuvor. Zugleich gingen in vielen deutschen Städten Zehntausende Pegida-Gegner auf die Straße.

Experte: Bürger übernehmen politische Führung

t-online, 14.01.2015, rtr, dpa

Die Großdemonstrationen gegen die Anti-Islam-Bewegung Pegida sind nach Ansicht des Politikwissenschaftlers Klaus Schubert der Beleg für eine funktionierende Zivilgesellschaft. "Die Menschen wollen zeigen: Unsere Welt ist eine andere. Und die ist es wert, verteidigt zu werden", sagte Schubert von der Universität Münster.

Schubert nannte die Gegendemonstrationen "eine außerordentlich positive Reaktion" - "zumal nicht die Parteien dazu aufrufen, sondern oft sind es Bürgergesellschaften, denen zuvor das Politikinteresse abgesprochen wurde". Die Aussage dahinter sei: "Die wichtigen Dinge nehmen wir selbst in die Hand."

Als Reaktion auf die Terroranschläge in Paris hatten am Montagabend bundesweit etwa 100.000 Menschen für ein friedliches Zusammenleben der Religionen und gegen Pegida demonstriert. In Dresden nahmen zeitgleich 25.000 Menschen an der Pegida-Kundgebung teil, 7000 mehr als in der Vorwoche.

Vor dem Hintergrund der Terroranschläge von Paris setzten zudem am Dienstagabend alle im Bundestag vertretenen Parteien und mehrere Religionsvertreter bei einer Mahnwache am Brandenburger Tor ein "starkes Zeichen", wie es Vizkanzler Sigmar Gabriel (SPD) sagte.

"Wir alle haben heute gemeinsam - und über Parteiengrenzen hinweg - gezeigt, dass wir uns vom Terror nicht in Angst versetzen oder auseinanderdividieren lassen", schrieb der SPD-Chef und Bundeswirtschaftsminister auf seiner Facebook-Seite.

Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Aiman Mazyek, sagte im ZDF-"heute journal", es sei wichtig gewesen, ein Zeichen zu setzen, dass die Terroristen keinen Erfolg damit haben, Hass und

Zwietracht unter den Menschen und den Bevölkerungsgruppen zu säen.

"Was wir brauchen, ist eine Solidarität mit der Mehrheit der Muslime, die sich mit den friedliebenden Zielen des Islam identifiziert und mit den Werten unserer offenen Gesellschaft ohnehin."

Mit der Solidaritätsdemonstration hatten die Spitzen von Staat und Religionen ein Zeichen für ein friedliches Zusammenleben gesetzt. Bundespräsident Joachim Gauck rief alle Bürger unabhängig von Religion und Herkunft dazu auf, sich für Demokratie und Weltoffenheit einzusetzen. "Wir alle sind Deutschland", sagte Gauck. "Wir schenken Euch nicht unsere Angst. Euer Hass ist unser Ansporn."

Etwa 10.000 Menschen waren nach Polizeiangaben zu der Mahnwache für ein "weltoffenes und tolerantes Deutschland und für Meinungs- und Religionsfreiheit" gekommen.

Dazu aufgerufen hatte der Zentralrat der Muslime. Damit sollte der insgesamt 17 Terroropfer in Paris gedacht und islamfeindlichen Bestrebungen entgegengetreten werden.

Flüchtling in Dresden wurde getötet

zeit, 14.01.2015, tis

In Dresden ist die Leiche eines Flüchtlings entdeckt worden. Nach Angaben der Polizei wurde er erstochen, über mögliche Täter oder Hintergründe herrscht noch Unklarheit.

Der Flüchtling in Dresden ist getötet worden. Das meldet die Dresdner Morgenpost unter Berufung auf den Polizeichef Dieter Kroll. "Nach jetzigem Befund legen wir uns darauf fest, dass ein Messerstich ursächlich für die Verletzung verantwortlich ist", sagte er der Zeitung. "Wir schließen aus, dass es sich um einen Unfall handelt. Es ist ein Tötungsdelikt!"

Die Leiche des Asylbewerbers aus Eritrea war am Dienstagmorgen im Innenhof einer Plattenbausiedlung gefunden worden, in der er gewohnt hatte. Passanten hatten den Toten entdeckt und die Polizei verständigt. "Die Ermittlungen ergaben bislang keine Anhaltspunkte auf eine Fremdeinwirkung", teilte diese anfangs mit, was bei Bewohnern der Unterkunft auf Unverständnis stieß. Er danach wurde eine Obduktion angeordnet und der Fundort der Leiche erneut untersucht.

Zeugen zufolge soll die Leiche blutüberströmt gewesen sein, schreibt die Dresdner Morgenpost. Dem Bericht zufolge war am Morgen bereits die Leichenstarre eingetreten.

Mitbewohner sahen den 20-Jährigen am Montagabend das letzte Mal. "Er wollte noch zu Netto zum Einkaufen", wird einer zitiert. Gegen 20 Uhr habe er die Unterkunft verlassen. "Da seine Mitbewohner montags aus Angst vor Pegida-Demonstrationen ihre Unterkunft kaum verlassen, wissen sie nicht, wann genau der junge Flüchtling umgekommen ist", heißt es. Freunde des Toten gehen von einer gewaltsamen Tötung aus, da seine Leiche blutüberströmt und mit sichtbaren Verletzungen gefunden worden sei. Dazu wollte die Polizei keine Angaben machen.

"Wir können keine Richtung ausschließen", teilte ein Sprecher der Dresdner Polizei ZEIT ONLINE mit. Die Ermittler haben Spiegel Online zufolge mehrere Mitbewohner zur Befragung mitgenommen, die Spurensicherung habe zudem den Tatort erneut untersucht.

Toter Afrikaner in Dresden: Polizei geht nach Obduktion von Tötungsdelikt aus

spiegel, 14.01.2015, gam/swi

Ein Asylbewerber, der in Dresden tot aufgefunden wurde, ist nach SPIEGEL-ONLINE-Informationen offenbar getötet worden. Die Hintergründe sind aber weiterhin unklar.

Der 20 Jahre alte Eritreer, der tot im Hof einer Dresdner Plattenbausiedlung gefunden wurde, ist vermutlich an den Folgen einer Verletzung gestorben, die er sich nicht selbst zugefügt hat. Das erfuhr SPIEGEL ONLINE aus Ermittlerkreisen. In welchem Zusammenhang der Ostafrikaner die Verletzungen erlitt, ist weiter unklar.

Am frühen Dienstagmorgen war die Leiche des jungen Mannes im Dresdner Stadtteil Leubnitz-Neuostra im Hof einer Plattenbausiedlung gefunden worden. Khalid I. soll dort zusammen mit sieben weiteren Flüchtlingen gewohnt haben. Die Ermittler haben mehrere Mitbewohner zur Befragung mitgenommen, die Spurensicherung untersuchte den Tatort erneut. Die Dresdner Mordkommission ermittelt.

Zeugen berichteten, I. habe "an Hals und Schultern" Verletzungen erlitten. Laut einem Bericht der sächsischen "Morgenpost" sah ein Mitbewohner den jungen Mann am Montagabend gegen 20 Uhr zum letzten Mal. Er habe einkaufen gehen wollen, sei dann aber nicht zurückgekehrt.

Die Polizei hatte zunächst erklärt, es gebe keine Hinweise auf ein Fremdverschulden.

So verschieden reagieren Leipzig und Dresden auf Pegida

waz, 17.01.2015, Julia Emmrich

Zwei Städte, zwei Welten: In weltoffenen Leipzig sind die Pegida-Gegner in der Überzahl, im konservativen Dresden ist es umgekehrt.

Weltoffenes Leipzig – gespaltenes Dresden? 30000 Menschen sind am Montagabend in Leipzig gegen rund 4800 Anhänger des Pegida-Ablegers „Legida“ auf die Straße gegangen. In Dresden dagegen ist die ausländerfeindliche Bewegung auf 25000 Anhänger angewachsen. Erst nach Wochen hatten sich Stadtspitze und Sachsens Landesregierung am Samstag zu einer Großkundgebung mit Zehntausenden Teilnehmern aufgerafft. Zwei Städte, zwei Welten?

Die Unterschiede zwischen Dresden und Leipzig sind unübersehbar. „Dresden als Residenzstadt war immer schon konservativer und kleinbürgerlicher als die Handelsstadt Leipzig“, sagt Wolfgang Donsbach, Kommunikationswissenschaftler an der TU Dresden. Während die alte Messestadt ihre Weltoffenheit pflegte, war sich das schöne, kunstsinnige Dresden in seinem abgeschiedenen Elbtal eher selbst genug.

Gemütlich, provinziell, obrigkeitstreu – das sind Etiketten, die an Dresden kleben. „Dresden ist die deutsche Großstadt mit dem höchsten Tellerrand“, sagt Thomas Platz von der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Wer darüber hinweg gucken wollte, hatte es zu DDR-Zeiten nicht leicht: Die Dresdner konnten kein Westfernsehen empfangen, nur Westradio erreichte das „Tal der Ahnungslosen“. Doch erklärt das schon Pegida? „Ich laufe doch nicht bei Pegida mit, nur weil ich früher kein Westfernsehen hatte“, sagen sie hier trotzig.

Dresden ist die deutsche Großstadt mit dem höchsten Tellerrand

Bei den Kommunalwahlen im letzten Jahr haben die Dresdner nicht stärker rechts gewählt als die Leipziger. Donsbach erinnert daran, dass viele der Pegida-Demonstranten gar keine Dresdner seien, sondern montags aus ganz Sachsen und Deutschland anreisen. Hinzu kommt: Dresden gilt nach den Neonazi-Aufmärschen an den Jahrestagen der Zerstörung der Stadt am 13. Februar 1945 als beliebtes „Aufmarschgebiet“ der Rechten. Die Stadt hat wider Willen einen Ruf in der Szene - schon lange vor Pegida.
